

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich, Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1893 unter Nr. 6709.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitschrift oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inletzte für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: J. Br. 4156.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 17. März 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Der Kommissionsbericht über die Wuchervorlage

ist fertiggestellt und im Druck an die Reichstags-Abgeordneten verteilt worden. Berichterstatter ist der deutschkonservative Abgeordnete und sächsische Oberamtsrichter Dr. Giese. Dieser Herr hat sich schon bei der ersten Lesung des Entwurfs im Reichstag durch die Flachheit seines Raisonnements ausgezeichnet. Damals donnerte er mit vollen Backen gegen die „herzlosen Gauner“ und „Ausbeuter“; wer aber etwa dachte, daß der Mann damit die gesammte heutige Ausbeutungswirtschaft brandmarken wollte, der hatte sich schwer getäuscht. Der Herr meint nur die Juden, nicht die christlichen Ausbeuter, und er hat dies inzwischen bekräftigt durch eine im Leipziger Grenzboten-Verlag von ihm erschienene Broschüre über „Die Juden und die deutsche Kriminalistik“, in welcher er die für die Juden außerordentlich günstige Statistik so dreht und deutet, wie es ihm eben in seinen antisemitischen Kram paßt. Das ist der Berichterstatter über das kommende Wuchergesetz; der Kommissionsbericht erhebt sich deshalb an keiner einzigen Stelle über die ödste Oberflächlichkeit.

Das ganze Prinzip des Entwurfs verdammt ja diejenigen, welche ihm zustimmen, zu dieser Flachheit. Wir haben dies schon in unserem Leitartikel vom 26. Januar gelegentlich der ersten Lesung ausgeführt. Man will ein paar kleine Auswüchse auf dem flachen Lande namentlich fangen, um sich als Beschützer des bäuerlichen Mittelstandes aufspielen und die Ausbeuterei im großen desto ungeförter fortreiben zu können. Man macht's wie Dr. Böckel in Marburg, der gleichzeitig von der Agitation gegen den jüdischen Wucher und von der christlichen Ausbeutung seiner Seherlehrlinge lebt. Deshalb muß man auch die neuen Bestimmungen gegen den Wucher so lauschkmäßig als möglich gestalten. Der Kommissionsbericht drückt dies sehr gelehrt aus. Er sagt (S. 3), daß „die neuere Strafgesetzgebung dahin neige, den Richter von beengenden Schuldefinitionen zu befreien, ihm vielmehr dafür allgemeine Normen und Direktiven zu geben und hierdurch in den Stand zu setzen, jeden Fall in seiner besonderen Eigenart und individuellen Gestaltung nach dem Sinn des Gesetzes zu beurteilen. . . . Man dürfe erwarten, daß der Richter in dieser Weise seine Aufgabe erfüllen werde.“ Nun, was wir als praktische Anwendung dieser Summi-Paragrafen zu „erwarten“ haben, wissen wir nur zu genau. Der antisemitisch angehauchte Staatsanwalt und Richter, und die meisten unserer Beamten kommen ja jetzt aus dieser Schule, werden den kleinen Jzig und Cohn vom Lande, in seiner besonderen Eigenart“ bei der kleinsten Uebervorteilung, deren er sich schuldig macht, an den Ohren nehmen, eventuell dann schon, wenn er als „Händler unter Ausnutzung der Unerfahrenheit eines jungen Mädchens diesem einen ziemlich werthlosen Schmuckgegenstand zu ungemessenem Preise ausdrängt“, wie der Kommissionsbericht S. 6 so

richtig beispielsweise ausführt, und in Verfolgung solcher Quisquilien wird der „Kampf gegen die Auswüchse des Volkes“ bestehen; wenn aber ein Rothschild, Bleichröder oder Baare ganze Volksklassen ausbeutet, so werden die Wucherparagrafen versagen — Richter und Staatsanwalt sind ja „von beengenden Schuldefinitionen befreit“ und das „legitime Geschäft“ jener Großmoguls der kapitalistischen Gesellschaft darf doch nicht angetastet werden?!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission, Frohne und Stadthagen, haben den Machern dieses prächtigen Klassengesetzes natürlich Gelegenheit gegeben, bezüglich des Lohnwuchers Farbe zu bekennen. Sie beantragten, die Bewucherung auf Grund des Arbeitsvertrags ausdrücklich in den Wortlaut des Gesetzes aufzunehmen. Sie wiesen darauf hin, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung jeder Arbeiter ständig bewuchert werde. Man beute seine Arbeitskraft aus, um übermäßige Vermögensvortheile einzustecken. Beispielsweise bewuchere eine Aktiengesellschaft, die große Gewinne erziele, den Arbeiter, wenn sie ihm lediglich den üblichen Taglohn gebe. Wir wissen nicht, ob hier die Ausführungen unserer Abgeordneten vom Bericht zutreffend wiedergegeben sind. Jedenfalls kamen unsere Genossen mit ihrer Aaregung bei der Kommission schön an! Die Weisheit, die ihnen entgegengehalten wurde, ist zu sublim, als daß wir sie nicht wortwörtlich wiedergeben sollten. In der Entgegnung der Herren Giese und Genossen wurde darauf hingewiesen, daß nicht der Geschäftsgewinn den Maßstab für die Höhe des dem Arbeiter zu gewährenden Lohnes bilde, sondern es sich nur darum handle, ob der dem Arbeiter gewährte Lohn der normale und übliche sei. Lediglich wenn unter Ausbeutung der Nothlage des Arbeiters der normale Lohn ganz erheblich unter das Niveau herabgedrückt werde, werde von einem wucherischen Gebahren die Rede sein können. Es sei übrigens zu berücksichtigen, daß in gleicher Weise der Arbeitgeber vom Arbeiter ausgebeutet werden könne. Benutze der Arbeiter die momentane Nothlage des Arbeitgebers, beispielsweise infolge des Mangels an Arbeitskräften, um einen abnorm hohen Lohn zu erhalten, so werde ebenso richtig von einer wucherischen Ausbeutung seitens des Arbeiters zu sprechen sein.“ Nun wissen die Staatsanwälte und Richter im Lande doch, wie sie sich gegenüber dem Lohnwucher zu verhalten haben! Nicht dasjenige, was die Arbeitsbiene mit allem Schweiß ihren Herren schaffen, nicht der Geschäftsgewinn ist maßgebend für den Lohn, sondern die „Ueblichkeit“ desselben. Wenn sich also hundert Lohnwucherer in einer Branche darüber verständigen, nur so und so viel Lohn zu zahlen, so ist dies eben „der normale und übliche“, und die Wucher-Gesetzgeber breiten segnend ihre Hände darüber aus! Sie sehen bezüglich des Lohnwuchers bereits im voraus ihren neuen § 302a außer Kraft, nach welchem Wucher vorliegt, „wenn die Vermögensvortheile in auffälligem Mißverhältnis zur Leistung stehen“. Bei dem „ungemessenen Preise“, den

der Bandeljude auf dem Dorfe für „einen ziemlich werthlosen Schmuckgegenstand unter Ausnutzung der Unerfahrenheit eines jungen Mädchens“ sich erschwandelt, steht der Thatbestand des Wuchers bombenfest; den Krupp, Baare und Genossen dagegen steht es höchstfrei, den „üblichen und normalen“ Preis für die ihnen geleistete Arbeit festzusetzen! Und dann die Ausbeutung des Unternehmers durch den Arbeiter! Sie ist zu kostbar, als daß wir sie durch einen Zufall abschwächen möchten; wo dieser Ort und die Arbeiter sind, die „infolge Mangels an Arbeitskräften die momentane Nothlage des Arbeitgebers benutzen können, um einen abnorm hohen Lohn zu erhalten“, das haben die Sozialpolitiker, welche die Urheber dieses Wuchergesetzes sind, natürlich nicht verrathen. Die Angabe würde ihnen auch etwas schwer fallen.

So macht man im lieben Deutschen Reich Kommissionsberichte und Gesetze. So hat man auch kein Wort nach den tatsächlichen Unterlagen für den Entwurf gefragt, und so hat man den Antrag des Genossen Stadthagen selbstverständlich abgelehnt, Laiengerichte über alle Wuchersfälle entscheiden zu lassen. Man spürt, daß man doch keine lange Frist mehr hat, und man gesehbert nach Willkür darauf los!

### Die Märzfeier in Wien.

Wien, 15. März.

Die Wiener Sozialdemokratie hat zwei solche Tage hinter sich. Am Sonntag pilgerten wie alljährlich die Wiener Arbeiter zum Grabe der Märzgefallenen, zu deren Andenken sich auf dem Zentralfriedhof, etwa eine gute Wegstunde vor den Dünien Wiens, ein mächtiger Obelisk erhebt. Die Märzdemonstration kann ganz gut als ein Maßstab der Stärke der Arbeiterbewegung in Wien gelten. Wir erinnern uns, wie es in der Zeit der traurigen Jerriffenheit der Partei, in den Jahren 1885 und 1886 zwei kleine Häuflein waren von Rabakalen und Gemäßigten, die am 13. März hinauszogen. Die feindlichen Brüder machten zusammen noch nicht 200 Mann aus. In diesen Jahre waren es nach bescheidener Schätzung 9000, die aus allen Bezirken in besten Scharen kamen. Von dem lächerlichen Aufgebot der Polizei zu erzählen, kann ich mir ersparen. Doch können wir sagen, daß es uns gelungen ist, sogar der österreichischen Polizei halbwegs menschliche Manieren anzugewöhnen. Wir haben sie gezwungen, ihre brutalen Häute unter modernen Klaccheshandschuhen zu verbergen. Der diesjährige Aufmarsch hatte noch eine ganz besondere Bedeutung. Wie Ihnen Besern bekannt ist, haben sich die österreichischen Sozialdemokraten auf dem letzten Kongreß eine neue Organisation gegeben, die den Behörden gegenüber unangreifbar ist, und sich von Tag zu Tag mehr als wirksam und schlagfertig erweist. Während es früher Vertreter von einzelnen Arbeitervereinen waren, die meist „nicht politischen“ Charakters, ihre Existenz in Gefahr brachten dadurch, daß in ihrem Namen Kränze niedergelegt wurden, zogen diesmal die einzelnen Organisationen der Bezirke Wiens in gleichsam militärischer Ordnung wie es zu einem Uebungsmarsch aus. Die Thatsache der politischen Organisation der Wiener Arbeiterschaft ist so in

### Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

[41]

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepania.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Kein anderes Fahrzeug zeigte sich auf der Straße. Es war die Pflicht der Wachen, die jetzt von ihren Posten entbunden waren, keine Droschke in der Straße halten zu lassen, damit sie nicht von den Gendarmen zur Verfolgung benutzt werden könnte. Sie mußten jede Droschke nach einem entfernten Orte bringen, und alsdann nach dem Boulevard eilen, wo Sina saß, und ihre weiteren Instruktionen abwarten.

Nur langsam näherten sich beide Theile. Andrej hielt sein Pferd im Schritt. Die Allee war noch fast leer, nur hier und da konnte man einige Fußgänger sehen. Die Straße war herrlich von der glänzenden Morgensonne beschienen. Eine rüstige Frau, die Schürze tief unter der Brust befestigt, stieß einen Aepfelfarren vor sich her und pries mit schriller Stimme ihre Waare an. Zwei schmutzige Suben blickten mit weit geöffnetem Munde, von Bewunderung hingerissen auf ihre Schätze und wunderten sich, daß die Großen, die doch alles thun können, was sie wollen, so achtlos vorüber gingen. Die Fenster der Häuser waren geöffnet. Fröhliche Gesichter sahen heraus und freuten sich über das schöne Wetter. Von einem Balkon

hörte man lautes Gespräch und Gelächter. Für Andrej lag bei seiner Kenntniß der nächsten Zukunft in dieser unschuldigen Sorglosigkeit der Straße, die bald der Schauplatz eines wilden Ringens und Blutvergießens werden sollte, etwas Eigenartiges und Wunderliches.

Der Kampf sollte, um die Flucht nicht zu hindern, einige zwanzig Schritte von Wassilij's Wagen stattfinden. In dem Augenblick, in dem die Gefangenen den ersten Schuß abfeuerten, mußte Andrej der Eskorte schon im Rücken sein. Beim ersten Schuß mußte er plötzlich umwenden und die Eskorte, während sie im Handgemenge mit ihren Gefangenen war, angreifen. Er regelte daher seine Bewegungen derart, daß er neben der Eskorte, sobald sie bei Wassilij's Wagen angekommen war, durchreiten konnte. Mit einem leichten Druck des Schenkels lenkte er sein gelebriges Pferd in den Raum zwischen den Wagen und der Eskorte. Weder er blickte die Gefangenen an, noch sie ihn, doch achteten sie aufmerksam auf einander. Lewschin war ihm am nächsten. Andrej fühlte fast physisch den brennenden, fragenden Blick und nickte ihm ermunternd zu. Es war nur eine Art der Begrüßung ohne alle Bedeutung. Der erregte Gefangene aber hielt es wahrscheinlich für ein Signal. Plötzlich sah er ihn einen Revolver aus der Tasche ziehen und auf den Gendarmen, welcher hinter ihm ging, richten. Es folgte ein Schuß, und zugleich ein wilder Fluch aus der Rauchwolke heraus, die Andrej für einen Moment verhinderte, irgend etwas anderes zu sehen.

Der Kampf hatte begonnen. Andrej wandte sein Pferd, zog den Revolver und wartete, den Finger am gespannten Hahn. Ebenzerstreute sich der Rauch. Er sah den Gendarmen, der unverleht leicht durch den Angreifer an der Kehle packen. Im nächsten Moment rauchte der Revolver in seiner Hand und der Gendarm

lag am Boden. Eine Szene unbeschreiblicher Verwirrung folgte. Die Rufe der Gendarmen, das Gezeter der Weiber, das Gekreisch der Vorübergehenden, die nach allen Richtungen hin aus einander stoben, das Klirren zugeschlagener Fenster, dies alles vermischte sich mit dem Lärm schnell auf's Gerathewohl abgefeuerten Schüsse.

Als Wassilij sah, daß der Kampf in zu großer Nähe seines Wagens stattfand, setzte er sich in Bewegung und hielt in einer Entfernung von dreißig Schritten. Mit der einen Hand den Zügel, mit der andern den Revolver haltend, bewachte er das Gesecht und die Straße, wandte den Kopf bald nach rechts, bald nach links, wobei seine Augen wie die eines wilden Ebers erglänzten. Lewschin, von seinem Feinde befreit, lief nach dem Wagen und sprang unbehindert hinein. Klein wollte seinem Beispiel folgen. Aber der Sergeant, ein schlanker, kräftiger Bursche, der die Nachhut bildete, erfaßte ihn bei der Hand und entwand ihm den Revolver. Andrej eilte ihm zu Hilfe. Der Sergeant feuerte auf ihn, fehlte aber, da er von Klein, den er noch in seinen Klauen hielt, hin- und hergezerrt wurde. In einem Augenblicke war Andrej bei ihm und brachte sein Pferd zum Wanken und drohte ihn niederzureiten. Gezwungen, den Hufen des Pferdes auszuweichen, mußte er von Klein ablassen, der sich ihm aus den Händen riß und schnurstracks nach dem Wagen lief. Der Sergeant sprang zur Rechten, mit der Absicht, Andrej's Pferd umzuwenden und seinen Gefangenen wieder zu ergreifen. Aber ebenso schnell, wie es gedacht war, hatte Andrej sein Roß zwischen sie getrieben.

„Ihr hab's zu eilig, mein Freund,“ rief er, den Revolver erhebend.

Zwei Schüsse fielen zu gleicher Zeit. Andrej traf den Sergeanten in den Arm, so daß dieser den Revolver sinken



die Augen springend, daß sie sowohl den Behörden als dem Spielbürgerthum anfangs, Kopfweh zu machen.

Gestern, am zehnjährigen Todestage von Karl Marx, versammelten sich die Parteigenossen und -Genossinnen im größten und schönsten Saale Wiens, der sich seit 22 Jahren nicht zu einer Arbeiterversammlung geöffnet hatte. An die 3000 Männer und Frauen füllten den Saal, und wäre der Saal doppelt so groß gewesen, so wäre er noch immer gefüllt worden, denn wir mußten die Kartenausgabe beschränken. Die Stimmung, welche beim Feste herrschte, entzieht sich jeder Schilderung. Ein Ernst, eine Weihe, eine zielbewusste Entschlossenheit und dabei jene gemessene Ruhe, welche die österreichische Arbeiterschaft allen Provokationen der Gegner gegenüberstellen gezwungen ist, war der Grundton. In einer ganz vortrefflichen Rede, die in der „Arbeiter-Zeitung“ nachzulesen sich lohnt, gab Leuthner, ein vielversprechender junger Genosse, eine gedankenreiche Darlegung über Karl Marx als Lehrer des Proletariats. Festhöre, komponiert und dirigirt von unserm trefflichen Josef Schen, brachten die Stimmung zum Höhepunkt. Und als Genosse Adler seine Rede mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie ausklingen ließ, erhoben sich die Tausende und stimmten begeistert ein. Auf Antrag des Vorsitzenden, Gen. Schrammel, wurde folgendes Telegramm an Fr. Engels abgeschickt: „Tausende von Männern und Frauen, versammelt zur Gedenkfeste an Karl Marx senden sozialdemokratischen Gruß seinem Mitarbeiter, dem treuen Freund und Berather der revolutionären Arbeiterschaft aller Länder.“ (Bezeichnend für unsere Verhältnisse ist, daß die Telegrammämter die Aufnahme der Worte „revolutionäre Arbeiterschaft“ verweigerten, und charakteristisch für die landesherrliche Dummheit ist es, daß sie dafür „zielbewusste Arbeiterschaft“ geduldig telegraphirten). Der Verlauf der Feier war ein erhebender für alle Theilnehmer und gab Zeugniß für die Breite und Vertiefung, welche die sozialdemokratische Bewegung in Oesterreich unter so furchtbaren Hindernissen, dank der Opferfreudigkeit österreichischer Proletarier erreicht hat.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. März.

**Aus dem Reichstage.** Der erste Punkt der Tagesordnung, Handels- und Schiffsahrtsvertrag mit dem Freistaat Kolumbien, gab dem konservativen Redner die Gelegenheit, wieder einmal mit allem Nachdruck gegen den in der Luft liegenden Handelsvertrag mit Kolumbien zu protestiren. Die Herren der Rechten erklärten, mit „allen Mitteln“ gegen das Zustandekommen eines solchen Vertrags ankämpfen zu wollen. Abwarten!

Die Vorlage über die Abänderung des Unterstützungsmoynst-Gesetzes wurde von den Rednern aller Parteien im wohlwollenden Sinne besprochen. Von sozialdemokratischer Seite sprach Stolle, der dadurch, daß er die Gründe berührte, welche die Arbeiter des Ostens veranlassen, nach dem Westen zu ziehen, die Herren Camp und den Spätmacher des Zentrums von Schalscha zu den wunderlichsten rednerischen Kapriolen veranlaßte. Der Herr Geheimrath Camp hat die Entdeckung gemacht, daß die Arbeiter im Osten besser bezahlt seien, wie im industriellen Westen, und Herr von Schalscha schlug in dieselbe Kerbe, indem er die Behauptung aufstellte, ein Tagelöhner auf den östlichen Gütern habe bereits 1,75 M. verdient, wenn er aufstehe, noch ehe er eine Hand zur Arbeit gerührt habe. Da weder Camp noch Schalscha zu den erst zu nehmenden Rednern des Hauses gehören, verlohnt es sich nicht, auf deren Ausführungen näher einzugehen. Die Debatte soll morgen fortgesetzt werden.

**Das Abgeordnetenhaus** nahm heute das Wahlgesetz in dritter Lesung un verändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Nationalliberalen, der Polen und der Freikonservativen an. Ein Antrag der Freisinnigen auf namentliche Abstimmung fand nicht die notwendige Unterstützung von 50 Stimmen.

Graf Douglas, unterstützt von 81 Abgeordneten, richtet an die kgl. Staatsregierung die Anfrage, welche Maßregeln sie der Cholera-Gefahr gegenüber zu ergreifen gedenkt.

**Einheitszeit.** Das Gesetz betreffend die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung wird heute im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Bekanntlich ist in demselben bestimmt, daß vom 1. April ab die mittlere Sonnenzeit des 15. Längengrades östlich von Greenwich die gesetzliche Zeit in Deutschland ist.

**Die Haushalte der deutschen Einzelstaaten** werden durch die Ansprüche des Militärbudgets in Verwirrung gebracht und Fehlbeträge werden immer häufiger.

lieh. Die Kugel des Sergeanten durchbohrte den Schoß von Andrej's Bauerrock, ohne ihn zu verletzen; sie traf jedoch Wassilij's Pferd, welches sich bäumte und trotz aller Anstrengungen von Wassilij's Seite davonrannte. Zwei Gefangene waren in Sicherheit, Boris aber zurückgeblieben. Zwei aus der Eskorte waren bereits kampfunfähig. Sie standen jetzt zwei gegen zwei. Boris konnte auf dem Rücken des Pferdes davongeführt werden.

Nach einer Anstrengung und der Tag ist unser! sagte jubelnd Andrej, den Resolter frisch labend. Boris war einige zwanzig Schritte entfernt und kämpfte heftig gegen zwei Gendarmen, die ihn mit Stricken zu binden versuchten. Da er unbewaffnet war, hatte er ihnen entfliehen wollen, in der Hoffnung, wenn er auch Wassilij's Wagen nicht erreichen sollte, in diesem Tumult entkommen zu können. Aber plötzlich wurde er festgehalten und befand sich jetzt in sehr bedenklicher Lage.

„Halte aus, Freund,“ rief ihm Andrej zu, „im Augenblicke bin ich bei Dir.“

Er eilte Boris zu Hilfe. Hierbei machte er aber einen großen Fehler. Er war ein guter Schütze und an ihm hätte es gelegen, davon nun den besten Gebrauch zu machen. Als er aber einen rothbärtigen Gendarmen eine Schlinge um Boris' Arm legen sah, verzagte er alles und flog, seinem Pferde die Sporen gebend, auf sie zu. Der Sergeant, welcher zwar verwundet, aber nicht kampfunfähig war, eilte seinen Kameraden beizustehen. Andrej sprengte mit voller Wucht gegen ihn an, der Gendarm klammerte sich an dem Pferdegeschirre fest und wurde so mit fortgeschleppt. Pferd und Gendarm stießen nun mit voller Wucht auf den rothbärtigen Gendarmen. Er fiel zu Boden, zog jedoch Boris mit sich nieder, und das Pferd, das sich nicht sofort zum Stehen bringen ließ, trug seinen Reiter in einige Entfernung von dem Kampfplatz.

(Fortsetzung folgt.)

Der dem Landtage des Herzogthums Gotha vorgelegte Etat für die Finanzperiode Juli 1898/97 ist ein Beispiel für den unheilvollen Einfluß des öffentlichen Mittel auffaugenden Heerwesens. Die Jahreseinnahme beträgt insgesammt 2 016 411 M., die Ausgabe 2 861 161 M. und bleibt sonach ein Fehlbetrag von 844 750 M., gegen den Voretat 218 000 M. mehr. Dieser Fehlbetrag ist mit  $\frac{1}{10}$  von Gotha und mit  $\frac{2}{10}$  von Koburg zu decken. Der ungünstige Abschluß ist dadurch herbeigeführt, daß der Matrikularbeitrag von 855 000 auf 1 429 000 M. steigt, dem zwar 1 459 000 M. Ueberweisungen aus der Reichskasse gegenüberstehen, daß aber hierdurch nur ein Ueberschuß von etwa 30 000 M. verbleibt, während derselbe bisher 255 000, mithin 225 000 M. mehr betragen hat.

**Wie's gemacht wird.** In Wesel haben Bürgermeister, Beigeordnete und viele Stadtverordnete eine Kundgebung für die Militärvorlage zu stande gebracht. In der Stadtverordneten-Versammlung berichtete der Bürgermeister, er habe bei einer Reise in Berlin in Erfahrung gebracht, daß im Falle der Genehmigung der Militärvorlage in der Stadt Wesel eine Garnisonvermehrung um zwei vierte Bataillone stattfinden werde. — Entrüstet schreibt die „Norddeutsche“: „An der Börse hat das Gerücht, der Kaiser habe die Zurückziehung der Militärvorlage angeordnet, Spekulationsseffekten um 2 pCt. steigen gemacht. Hoffentlich wird es gelingen, den Biedermann festzustellen, welcher die Börse zu dieser eigenartigen Bekundung ihrer spezifischen Logik veranlaßt hat. Mit wie viel Prozent würde wohl seiner Zeit die Berliner Börse einen Minderverth deutscher Wehrkraft zu büßen haben? Es ist nur ein Zeichen für die politische Einsicht der Börsenmänner, wenn sie durch eine Steigerung der Kurse auf jene Nachricht reagiren. Uebrigens eine bescheidene Anfrage: Haben Herr Biedner und seine Untermänner etwa à la baisse spekulirt und sich die Finger dabei verbrannt? — Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, der berichtigte Unternehmerbund, beruft mittelst vertraulichen Rundschreibens die Mitglieder des Ausschusses zu einer Sitzung auf den 15. d. M. nach Düsseldorf zusammen. Auf der Tagesordnung steht u. A. die Militärvorlage. Man weiß, daß die Grubenbarone beim großen Bergarbeiter-Ausstande nicht vergeblich nach Soldaten gerufen haben. Damals wurde blank gezogen und scharf geschossen.“

**Herr Hing,** dem seine Wähler im Fürstenthum Birkenfeld für seine Wabelstrumpf-Politik nicht uneben gedankt hatten, veröffentlicht einen „offenen Brief“ an seine Wähler, in dem es heißt: „Ich bedauere, daß eine solche Stimmung vorhanden ist, tröste mich aber hierüber mit dem Bewußtsein, durch ernste und anhaltende Arbeit zu einer besseren Erkenntniß der Bedeutung der Militärvorlage in ihren einzelnen Theilen und in ihrem endlichenden Zwecke gekommen zu sein, als vor meinem Eintritt in die Militärkommission. Der hieraus entstandenen Ueberzeugung habe ich offenen, ehrlichen und begründeten Ausdruck gegeben. Wenn ich nun in dieser meiner Ueberzeugung mich nicht im Einflang befinde mit einem Theile meiner parlamentarischen Fraktionsgenossen und mit den Parteigenossen des Fürstenthums, so befinde ich mich doch in vollstem Einklange mit dem Programm der deutsch-reformirten Partei.“ Die bessere Erkenntniß der Wähler davon, daß politische Pöbelharinge, die nach der Peise der Regierung tanzen, untauglich sind, die Interessen der Steuerzahler zu vertreten, wird hoffentlich diesem Hing und den anderen kompromissreichen Katern, die „ein bißchen Diebsgelbst, ein wenig Kammerei“ erfüllt, ein für allemal den Weg zum Reichstage versperren.

**Der deutsch-russische Handelsvertrag.** In die „Rossische Zeitung“ ist die nachstehende offiziöse Notiz lancirt worden: „Die deutsche Regierung hat selbstverständlich eine Reihe von Forderungen als Bedingung für die Annahme des Vertrages aufgestellt. Hinsichtlich dieser Forderungen hat keinerlei Meinungsverschiedenheit zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung stattgefunden, weder der Handelsminister von Berlepsch noch der von anderer Seite genannte Minister für Landwirtschaft von Heyden haben irgendwie Anlaß gehabt, in Gegensatz zu dem Reichskanzler Grafen Caprivi zu treten. Es waren von vornherein nach Aufstellung der gegenseitigen Bedingungen günstige Aussichten für das Zustandekommen des Handelsvertrages vorhanden, die nach keiner Richtung erschüttert worden sind.“ Na, na!

**Fusangel.** Bei der am 15. d. Mts. stattgehabten Landtags-Extrahwahl im 2. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Arnberg (Olp-Meschede) erhielt Oberrentmeister a. D. Böse, der Fraktions-Kandidat, 193, Fusangel 50 Stimmen. Daß Böse gewählt werden mußte, stand von vornherein fest, da ja die Wahlmänner noch dieselben waren, wie bei den allgemeinen Wahlen, also durchgängig waschechte, fraktionsreue Leute. Trotzdem haben sich 50 Stimmen für Fusangel abgetrennt, ein günstiges Vorzeichen für Fusangel zur bevorstehenden Olpo-Mescheder Reichstags-Wahl. Aus allen Bezirken des Reichstags-Wahlkreises kommt die Kunde, daß die Wählermasse sich für den Gegner der Militärvorlage, für Fusangel, erklärt.

**Ein agrarischer Steuerdefraudant.** In der Nähe von Reiffe wohnt ein allgemein als sehr reich bekannter Großgrundbesitzer, der sich mit einem Jahreseinkommen von sage und schreibe 4000 Mark selbst eingeschätzt hat. Die Steuer-Einschätzungskommission verwarf diese Selbsteinschätzung und schätzte das Jahreseinkommen des Großgrundbesitzers ihrerseits auf 50 000 Mark ab. Gegen diese Zwangseinschätzung legte der davon betroffene Herr Berufung ein, die den höchst unerwarteten Erfolg hatte, daß der Großgrundbesitzer in Zukunft ein Jahreseinkommen von 60 000 Mark zu verzeichnen angehalten wurde. Ein Ehrenmann, eine Stütze von Thron und Altar, dieser „Edele und Beste“!

**Nur immer langsam voran,** ist das Rahwort, sobald es sich um die Arbeiter handelt. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ liest man: „Von der Generbe-Ordnungs-Rondele vom 1. Juni 1891 sind die Bestimmungen über die Sonntagsruhe der

gewerblichen Betriebe noch nicht zur Durchführung gebracht. Die Feststellung der Ausführungsbestimmungen verzögert sich hauptsächlich deshalb, weil bei vielen Berufs-zweigen die verschiedenartigsten Verordnungen Berücksichtigung erheischen. Gegenwärtig ist der Stand der Arbeiten nach den „Berl. Pol. Nachr.“: Nachdem von der zuständigen Reichsbehörde eine Zusammenstellung derjenigen Arbeiten der einzelnen Berufs-zweige, welche von den Sonntagsruhe-Vestimmungen gänzlich oder unter gewissen Bedingungen ausgenommen werden sollen, angefertigt war, war dieselbe den Einzelregierungen zur Begutachtung unterbreitet worden. Sobald diese Gutachten sämmtlich eingelaufen sein werden, wird zur Vernehmung von Sachverständigen geschritten werden. Und zwar dürfte sich die letztere so gestalten, daß immer nur von denjenigen Berufs-zweigen, bei welchen sich bezüglich der Ausnahmebewilligungen Bedenken erhoben haben, Vertreter zu Konferenzen im Reichsamt des Innern nach Berlin berufen werden, in denen zur Aufklärung über diese Bedenken geschritten werden soll. Die Konferenzen dürften auf verschiedene Termine verlegt werden und zwar soll die Absicht bestehen, sie in der Reihenfolge der Gruppen der Berufsstatistik abzuhalten. Mit Abhaltung der ersten Konferenz dürfte in naher Zeit vorgegangen werden.“ Ja, wenn die Interessen der Schnapsbrenner oder Grubenbarone in Frage wären, würde schneller gearbeitet.

**„Kaum zehn.“** Der „Post“ wird mit bezug auf die neulichen Reichstags-Debatten über die Stellung der Staatsbetriebe gegenüber sozialdemokratischen Arbeitern „von unterrichteter Seite“ mitgetheilt, die Militärbehörde in Spanbau, dem Hauptstich der Waffenindustrie, habe in den letzten fünf Jahren „kaum zehn Arbeiter“ wegen sozialdemokratischer Untriebe entlassen; von der Entlassung wären nur solche Personen betroffen worden, die ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie demonstrativ zu Schau getragen hätten. Es lebe das Recht der freien Meinung!

**Der Hamburger Geldsak-Kügel hat bereits eine Antwort** auf seine Guldigungsadresse erhalten. Stephan läßt durch das Biedner-Blatt diese merkwürdige, in Prosa abgefaßte, also ungereimte Urkunde, veröffentlichen. Jedenfalls hat diese Art der Auseinandersetzung über parlamentarische Vorgänge den Reiz der Neuheit. Der Generalpostgewaltige schreibt also:

„Das gefällige Schreiben, welches Ew. Hochwohlgeboren im Verein mit einer größeren Anzahl der Herren Chef und Vertreter hervorragender Hamburger Handelsfirmen, Abtheilungen und Banken unterm 11. dieses Monats aus Anlaß der jüngsten Postetats-Debatte im Reichstage an mich gerichtet haben, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Mit meinem herzlichsten Danke für die darin ausgedrückten freundlichen Gesinnungen verbinde ich gern die Mittheilung, daß diese spontane Kundgebung von bewiesener Seite mich sehr erfreut hat. Ueber Angriffe wird sich in unserem heutigen öffentlichen Leben kein vernünftiger Mann wundern, sind sie gerecht, so wird er sogar Nutzen daraus ziehen, so ungeschicklich in der Form sie auch vorgetragen sein mögen. Gegen die von Ihnen berührten ungerathenen Angriffe haben die Herren Abgeordneten v. Stuedel, Dr. Eisinger und Dr. v. Marquardsen sofort bei den Verhandlungen beredeten Protest erhoben; daß sich ihnen jetzt kompetenteste Stimmen aus der Weltverkehrs-metropole unseres Vaterlandes zugesellen, freut mich besonders auch im Interesse der großen Arme der treuen und braven Post- und Telegraphenbeamten des Deutschen Reichs, deren Intelligenz und Pflichterfüllung so wesentlich zu den Erfolgen beigetragen hat, die Sie so freundlich waren, rühmend hervorzuheben. Auch im Namen dieser wackeren deutschen Männer sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank.“

Herr v. Stephan und die Herren der „Norddeutschen Bank“, die Kulvanderer Wörmann und Gen., sind in der That berufen, ein zutreffendes Urtheil über die an den Post-Zuständen geübte Kritik zu fällen. Stephan ist Angeklagter, Vertheidiger, Richter in Einer Person, aber gipfelt also in dieser wunderbaren Dreieinigkeit sogar den vormärzlichen Patrimonialrichter. Die Post-Unterebeamten, deren klägliche Verhältnisse offen zu Tage liegen, werden sicherlich dem Chef, der auch für sie dankt, sehr verpflichtet sein. Die treuen, braven Postbeamten“, wirtschaftlich auf das härteste gedrückt, politisch gebunden, in der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte durch die Fischer-Politik der dritten Abtheilung bis zur äußersten Grenze eingengt, werden durch den schmähdenden Beinamen „wackere, deutsche Männer“ reichlich entschädigt sein für Verschlingung und Entlassung, für Maßregelungen und andere Quengeleien. Wir schlagen in aller Bescheidenheit vor, um das anmuthige Bild dieser kapitalistischen Guldigungsfeier abzurunden, die Postassistenten, Briefträger, Paketboten u. s. w., die Behntausende aus dem Reiche Stephan's möchten gleichfalls einen Massenprotest gegen die „ungerechten Angriffe“, denen der Generalpostmeister und „Post dazu“ zum Opfer gefallen, umgehend erheben. Erst wenn diese glänzend bezahlten, vortrefflich behandelten, von Noth und Vorkaufswirtschaft nie bedrängten, wirtschaftlich sichergestellten Unterbeamten ihre Stimme in den Jubelschrei der Hamburger Cholera-Patrizier mischen, dann ist das Maß der Freude voll.

**Der Teufel als staatliche Einrichtung.** Wie unsere Leser wissen, ist dieser Tage eine Versammlung in Wülshausen i. Gh. aufgelöst worden, weil der überwachende Beamte eine Kritik des Teufelspuls für eine Kritik staatlicher Einrichtungen hielt. Nun liest man in der „Gesellschaftlichen Volkszeitung“: „Die auf den 15. d. M. angelegte Volksversammlung kann nicht stattfinden, da, wie die Kreisdirektion in einer Zuschrift den Einberufer belehrt, ausweislich der vorgelegten Tagesordnung die Besprechung religiöser Gegenstände bezeugt wird.“ Die Tagesordnung lautete bekanntlich: „Der Teufel als Staatseinrichtung oder: Die wirtschaftliche Bedeutung des Teufelsglaubens.“ — Man wird sich dem Einbruch kaum entziehen können, daß für dieses Versammlungsverbot namentlich der Wunsch mitbestimmend war, der Ruhm unserer Polizei möge nicht allzu weit hin erklingen. Ob dieser Wunsch durch die verhängte Maßregel seiner Erfüllung näher gerückt wird, ist indessen eine andere Frage.“

**Herr Coustans,** der hinter dem Panama-Scandal stand und demselben zum Sturz aller seiner politischen Gegner benutzen wollte, ist in die Grube gefallen, die er so sorgfältig für Andere gegraben hatte. Nachdem er seit Monaten durch seine Kreaturen geheimnißvoll hatte verbreiten lassen, daß er die Liste der Bestochenen gehabt und sie Carnot, dem Präsidenten der Republik, gezeigt habe, der dann nachher noch mehrere der Bestochenen zu Ministern gemacht, mußte er vorgestern, als ihm die Daumschrauben



des Zeugeneides angelegt wurden, vor Gericht auszusagen, daß er Carnot die Liste niemals gezeigt habe, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er — Constant — nie eine besessen. Damit ist Herr Constant entlarvt und abgethan. Man weiß nun, daß er ein gewissenloser Lügner und Ehrabschneider ist. Da auch das sensationelle Zeugniß der Madame Cottu, das den Justizminister Bourgeois zur Amtsniederlegung veranlaßte, sich als Schwindel erwies hat, so hat Herr Bourgeois sein Entlassungsgesuch zurückgenommen, und das Ministerium ist wieder vollzählig und heil. Auf wie lange? —

**Gegen die Homerusebill** ist den englischen Tories ein jedes Mittel recht. Wie die „konservativen“ Herren in Irland den Bürgerkrieg vorbereiten, um die Regierung einzuschüchtern und zu stürzen, ist den Lesern bekannt. Jetzt erfahren wir nun, daß der berühmteste Polizeispitzel und Dynamitheld O'Donovan Rossa, nebst andern Dynamithelden gleichen Kalibers, von den Tories aufgeboden worden ist, um von Amerika aus die „radikalen“ oder „revolutionären“ Elemente in Irland gegen Gladstone und die Homeruse aufzuheben — natürlich mit der Begründung, daß die Homerusebill nicht radikal genug und Gladstone ein infamer Schurke und Verräther sei. Wir kennen ja die Sprache und Logik der radikal-revolutionären Polizeispitzel. Nun — von O'Donovan Rossa und Konforten hat Gladstone, der beiläufig auf dem Weg der Besserung sein soll, nichts zu befürchten — er kennt ja den Herrn, der auch in seinem Solde gestanden hat. Die Gefahr für das Ministerium kommt von anderer Seite — von den englischen Arbeitern. Wenn diese nicht durch eine entschlossene, klare und unzweideutige Politik der Sozialreform für das liberale Ministerium gewonnen werden, dann mag der „alte Gladstone“ nur einpacken. Dann bringt keine Schlaubeit und keine Schmeichelei das Schiffelein der Regierung über die Klippen hinweg. —

## Parlamentarisches.

Die Militärkommission nahm heute ihre Sitzungen wieder auf, um in die zweite Lesung einzutreten. Seitens der Regierung ist den Mitgliedern eine Zusammenstellung der bis 1898/99 angeblich mit Sicherheit zu erwartenden Mehrungen der Reichseinnahmen zugegangen, vermuthlich um zu zeigen, daß wir „heidenmäßig viel Geld“ besitzen und daher keine Ursache haben, die Vorlage aus finanziellen Gründen abzulehnen. Nach dieser Zusammenstellung sollen die Mehrerinnahmen im gedachten Zeitraum den Betrag von 114 147 000 M. erreichen. Die Zentrumsmitglieder der Kommission haben folgenden Antrag eingebracht:

### Artikel I.

Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten wird für die Zeit vom 1. Oktober 1898 bis zum 30. September 1899 auf 420 061 Mann festgesetzt. Die hierzu auf die Fußtruppen entfallende Zahl gilt als Jahresdurchschnittsstärke; die auf die Kavallerie und die reitende Feldartillerie kommende Zahl als Jahreshöchststärke.

Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.

Die Stellen der Unteroffiziere unterliegen in gleicher Weise wie die der Offiziere, Kerle und Beamten, der Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat.

### Artikel II.

Für die Zeit vom 1. Oktober 1898 bis zum 30. September 1899 treten bezüglich der aktiven Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft:

#### § 1.

Während der Dauer der aktiven Dienstpflicht sind die Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Artillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienst bei der Fahne verpflichtet.

Im Falle notwendiger Verstärkungen können auf Anordnung des Kaisers die zur Reserve zu entlassenden Mannschaften im aktiven Dienst zurückbehalten werden. Jede solche Zurückbehaltung zählt für eine Uebung.

#### § 2.

Mannschaften, welche nach einer zweijährigen aktiven Dienstzeit zur Reserve entlassen worden sind, kann im ersten Jahre ihrer Reservepflicht die Erlaubniß zur Auswanderung auch in der Zeit, in welcher sie zum aktiven Dienst nicht einberufen sind, verweigert werden.

#### § 3.

Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Artillerie, welche nach erfüllter aktiver Dienstpflicht zur Landwehr übertritten, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre.

### Artikel III.

Im ersten Jahre nach dem Inkrafttreten vorstehender Bestimmungen können die nach zweijährigem aktiven Dienst zur Reserve bestimmten Mannschaften bis zur Beendigung der Rekrutenausbildung im aktiven Dienst zurückbehalten oder zum aktiven Dienste wieder einberufen werden. Jede solche Zurückbehaltung oder Einberufung zählt für eine Uebung.

### Artikel IV.

Für die Zeit vom 1. Oktober 1898 bis zum 30. September 1899 treten alle entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere diejenigen der §§ 6, 15 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, vom 9. November 1867 und des § 2 des Gesetzes, betreffend Änderungen der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888, sowie § 1 des Gesetzes vom 15. Juli 1890, außer Kraft.

### v. Bennigsen beantragt:

1. Im § 1 Absatz 1 statt: „492 068 Mann“ zu setzen: „492 000 Mann“.

2. Im § 1 Absatz 2 Zeile 8 bis 6 die Worte: „dieser Durchschnittsstärke“ bis „herangezogen werden“ zu streichen und dafür am Schluß des Paragraphen folgenden Satz aufzunehmen: „Die Mannschaften der Fußtruppen gehören dem stehenden Heere bei der Fahne 2 Jahre und in der Reserve 5 Jahre an. Diese Bestimmung bleibt in Kraft, so lange die Friedenspräsenzstärke (Absatz 1) nicht unter die in Absatz 1 bezeichnete Zahl herabgesetzt wird.“

3. Im § 2 Zeile 3 statt: „477 Escadrons“ (Kavallerie) zu setzen: „465 Escadrons“, dafelbst Zeile 5 statt: „37 Bataillone“ (Fußartillerie) zu setzen: „31 Bataillone“ und in Zeile 6 statt: „24 Bataillone“ (Pioniere) zu setzen: „20 Bataillone“.

4. Am Schluß des § 2 einen Absatz aufzunehmen, lautend: „Die unter 711 Bataillonen befindlichen 178 Bataillonsstämme werden nur solange formirt, als der aktive Dienst bei der Fahne für die Mannschaften der Fußtruppen auf 2 Jahre festgesetzt ist.“

5. Einen § 2a einzufügen lautend: „Die Militärverwaltung ist befugt, in der Zeit vom 1. Oktober 1898 bis dahin 1899 einen Theil der Mannschaften des dritten Jahrganges der Fußtruppen bei der Fahne zurückzubehalten.“

Darauf wird wieder in eine Generaldiskussion eingetreten, und es hat ganz den Anschein, als ob die ganze, bis zum Ueberdruß duragedauerte Materie noch einmal in derselben Weise wie in der ersten Lesung breitgetreten werden sollte. Wenigstens tritt Herr v. B. (Zentr.) diesen Weg. Er geht vor Allem wieder auf die Duldungsfrage ein, tritt für die Bier-

Brandwein- und Borsensteuer-Vorlage und verlangt, daß diese Vorlagen und die eigentliche Militärvorlage zusammen als Ganzes behandelt werden sollen. Fände man den vorgeschlagenen Duldungsweg nicht gangbar, so solle man das Ganze ablehnen, bis die Regierung anderweitige Vorschläge machen werde.

Zur Geschäftsordnung protestirt Wedel gegen die Fortsetzung der Generaldebatte in der von dem Vorredner eingeleiteten Weise. Wer jetzt über diese Fragen noch nicht klar sei, dem sei überhaupt nicht zu helfen, die Kommission habe doch alle Ursache, endlich zu einem endgültigen Resultat zu kommen.

Der Vorsitzende schließt sich dieser Anschauung an und spricht den Wunsch aus, daß die Redner in der Diskussion sich an die vorliegenden Anträge halten möchten.

v. Bennigsen vertheidigt seine Anträge, ohne dabei noch etwas Neues vorzubringen. Alle die von ihm vorgetragenen Argumente haben wir schon im Plenum und noch ausführlicher in der ersten Kommissionlesung von ihm gehört. Er bittet zum Schluß die Regierung, seine Vorschläge entweder schon für die Kommission oder doch für das Plenum in „wohlwollende Erwägung“ zu ziehen.

Nach der mehr als dreiviertelstündigen Rede Bennigsen's wiederholt Dr. Lieber seine gleichfalls schon des öfteren zum besten gegebenen Auseinandersetzungen über die Stellung des Zentrums und wendet sich dabei gegen die willkürlichen Nechzengepöbel des Herrn von Bennigsen. Dem Redner wäre es lieb gewesen, wenn die Regierung sich vor ihm geäußert hätte. Er behauptet wiederholt, daß das, was in seinem eigenen Antrag (der aber von sämtlichen Zentrumsmitgliedern der Kommission unterzeichnet ist) niedergelegt ist, das sei, was seine Partei glaube für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bieten zu können.

Der Reichskanzler glaubt in dem Antrag Bennigsen's den Grundgedanken wiederzufinden, der die Regierung zur Einbringung der Vorlage veranlaßt habe; dieser Grundgedanke liege in dem Antrag Lieber. Letzterer negire die Nothwendigkeit der Regierung und bestritte, daß dieselbe aus politischen Gründen zur Verstärkung des Heeres genöthigt sei. Er könne daher nur wiederholen, daß derselbe für die Regierung unannehmbar sei. Aber auch der Antrag Bennigsen's sei nicht ausreichend, abgesehen davon, daß dessen Formulierung eine solche sei, daß die Militärverwaltung darauf nicht eingehen könne. Er müsse ein formulirter Gesetzentwurf vorliegen, ehe man darüber entscheiden könne. Zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit sei das, was die Regierung fordere, das Minimum dessen, was sie haben müsse. Was den Kostenpunkt betrifft, so haben weder die Presse noch die Ausführungen in der Kommission die Regierung zu überzeugen vermocht, daß der von ihr vorgeschlagene Weg ungangbar oder eine zu starke Zumuthung an die wirtschaftlichen Kräfte des Volkes sei.

Major Bach ergeht sich in militärisch-technischen Widerlegungsversuchen gegenüber Lieber und Bennigsen.

Nachdem noch Was Riehl gesprochen, theilt der Vorsitzende mit, daß soeben ein Antrag Richter eingelaufen ist, welcher folgenden Wortlaut hat:

„An stelle des § 1 folgende beiden Paragraphen anzunehmen:

#### § 1.

Der erste Satz des Artikels 69 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 (Bundesgesetzblatt vom 1871 Nr. 16) erhält mit dem 1. Oktober 1898 folgende Fassung:

Jeder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang, in der Regel vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre, dem stehenden Heere — und zwar bei den Fußtruppen die ersten drei Jahre, bei den übrigen Truppengattungen die ersten drei Jahre bei den Fahnen, die letzten fünf bei vier Jahre in der Reserve — die folgenden fünf Lebensjahre der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das neun und dreißigste Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebots an.

#### § 2.

Die Friedenspräsenzstärke des Deutschen Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften wird für die Zeit vom 1. Oktober 1898 bis zum 31. März 1899 auf 486 988 Mann festgesetzt. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.“

Am 1 Uhr wird die Sitzung verlag. Nächste Sitzung morgen Vormittag 1/2 11 Uhr.

## Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Lützenwalde (Reservant Stadtverordneter Frh. Gerscher), Weitenhain (Reservant Zahn-Weßlau), Gersbach (Reservant Stromberg), Schleswig (Reservant v. Elm-Hamburg).

Von der Agitation. Im Wahlkreise Bitterfeld sind bei der bereits gestern gemeldeten Agitationsreise neben Wedel's Rede über den Zukunftsstaat noch 4000 deutsche und 1000 polnische Flugblätter, sowie 100 Exemplare der „Gazeta Robotnicza“ verbreitet worden. Die Polen äußerten große Freude darüber, daß ihnen in weiter Ferne von ihrer Heimath Literatur geschickt wurde, die in ihrer Muttersprache geschrieben war. Die Unternehmer der Provinz Sachsen werden darüber weniger Freude empfinden.

Weiter sind Agitationskonten zum Zwecke der Verbreitung der Zukunftsstaats-Reden oder anderer Schriften unternommen worden: von Genossen aus Alzen, Wiesbaden, Dortmund, Lemgo, Frankfurt a. O., Hertenwalde, Mähleberg, Neu-Langjow, Bremen, Wolfenbüttel, Neumünster.

Genossen aus Hagen verbreiteten in den Ortschaften Bollmarke und Wetter Wedel's Rede und fanden bei der Bevölkerung überall freundliche Aufnahme. Weniger angenehm war der Verkehr mit einigen Polizisten, die durch Sittirung von Genossen und Konfiskation von Schriften wahrscheinlich den Sozialismus vernichten zu können glauben. Unsere Jüngerer Genossen sind aber nicht die Leute, die sich durch verwerfliche Polizeimaßnahmen aus der Gemüthsruhe bringen lassen, sie werden nach wie vor für die Sozialdemokratie unter Beachtung der Befehle aufs thätigste agitiren, wo und wann es ihnen beliebt.

Im 13. hannoverschen Reichstags-Wahlkreise Goslars-Bezirk vertheilten die Genossen 3000 Exemplare der erwähnten Rede Wedel's, ferner 7000 Solowker-Zeitungen, die der sozialdemokratische Kandidat des Kreises, Genosse Wille in Berlin, unentgeltlich überlassen hatte, und 12000 Handzettel, auf denen den Wählern die Kandidatur Wille's empfohlen wird. Nebenbei mit Ausnahme des Ortes Lautenthal, wo die Personalien sämtlicher Verbreiter polizeilich festgestellt wurden, ging die Verbreitung glatt von statten. Die Arbeiter äußerten den Wunsch, man möchte sie öfter mit sozialdemokratischer Literatur versorgen. Namentlich war dies in den Hauptstädten der Fall, wo wir früher so gut wie gar keine Anhänger hatten. Besonders mag das reaktionäre neue Vergeßes zum Umschwung der Stimmung beigetragen haben. Die Partei-Einnahmen betragen im ersten Vierteljahre soviel wie früher im ganzen Jahr, was für das Aufblühen des Sozialismus im 13. hannoverschen Wahlkreise jedenfalls ein sehr erweiterndes Zeugniß ist, und so meinen die dortigen Genossen, daß schon bei der nächsten Reichstagswahl der Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten keineswegs anheimgeworfen der Möglichkeit steht.

Aus einer kurz besuchten Versammlung in München, in der Reichstags-Abgeordneter v. Bollmar über die Militärvorlage sprach und für sein Referat lang anhaltenden Beifall erntete, sei zur Kennzeichnung der Stimmung, die jetzt in Süddeutschland herrscht, einiges aus den Bemerkungen der Redner mitgetheilt, die in der Diskussion sprachen. Herr Dr. Conrad, der in seiner fränkischen Heimath vor den Bauern über die politische Lage gesprochen hat, theilte die gemachten Erfahrungen mit. Die deutsche Bildungswelt sei so zerstückt und degenerirt, daß sie alles Mögliche über sich ergehen lasse. Die Militärvorlage sei in jeder Beziehung eine Ungeheuerlichkeit, und es wäre ein schlimmes Zeichen, daß man nun 3/4 Monate das Getöse in Berlin mit angehört habe, ohne mit einem vernünftigen Protest dazwischen zu fahren, daß denen in Berlin die Ohren gelüsten. (Beifall.) Die Bauern sagten: „Was will man denn von uns? Unsere Söhne sind schon in den Kasernen und wir müssen sie anherdem mit unserem letzten Pfennig unterstützen, damit sie dort als Menschen leben können; das und noch mehr halten wir nicht mehr aus. Mit allen bisherigen Parteien ist's nichts — wir haben kein Vertrauen mehr.“ Die Lage sei so, daß die Dinge einer Katastrophe zutrieben, wenn nicht bald eine Aenderung komme. Was sei zu thun, daß die Leute wieder Vertrauen gewinnen? Bollmar erwiderte hierauf: „Was Dr. Conrad sagt, ist daselbe, was auch wir auf unseren Agitationsreisen zu hören bekommen. Unsere Aufgabe ist es, zu zeigen, daß das Wahrecht dennoch das Beste Mittel ist, etwas zu erreichen. Die Bauern müssen Sozialdemokraten werden. Die Sozialdemokratie hat in ihrem Programm eine Menge Dinge, welche geeignet sind, die Lage des ganzen Volkes und damit auch der Bauern und überhaupt des Mittelstandes zu verbessern. Wenn es uns z. B. gelänge, den gesunden Kern des Schweizer Militärsystems herauszuschälen und so ein wirkliches Volkshier zu schaffen, so würden damit allein zwei Drittel der jetzigen Militärkosten erspart werden. Reithliche Ersparungen und Verbesserungen ließen sich durch eine Umgestaltung unseres heutigen bürokratischen Beamtenmechanismus in einen gewählten Selbstverwaltungskörper erzielen. Vor allem aber kann und muß das Vertrauen des Volkes dadurch gewonnen werden, daß ihm ein direkter Einfluß auf die Gesetzgebung eingeräumt wird. Redner führte hier das in der Schweiz geltende Vorschlags- und Verwerfungsrecht der Gesetze durch das Volk an. Wenn das Volk selbst über die Gesetze zu bestimmen habe, dann werde es thätig am politischen Leben sich betheiligen, und dann auch die Mittel zu finden wissen, um drückende Mißstände zu ändern und vor allem dem Hauptfeind Kapitalismus an den Krügen zu geben und seiner Raublust in wachsendem Maße Jesseln anzulegen, bis er völlig unschädlich gemacht sei. (Beifall.)

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Würth siegte in der Klasse der Arbeitervertreter die sozialdemokratische Liste mit 811 Stimmen. Die Kandidaten der Hirsch-Dunderianer und der konfessionellen Arbeitervereine bekamen nur 101 Stimme. In der Klasse der Unternehmervertreter erhielten wir die ansehnliche Zahl von 198 Stimmen, während die Gegner 308 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigten und demnach siegten.

Betheiligung an den Bürgerstimmwahlen beschloß die Sozialdemokratie Lübeck. In einer Versammlung derselben nannte Reichstags-Abgeordneter Theodor Schwarz als die von den zu wählenden Abgeordneten in der Bürgerstimmwahlen zu erwerbenden Punkte: das allgemeine gleiche Wahlrecht für die Lübecker Staatsangehörigen; Steuerfreiheit bei einem Einkommen bis zu 1000 M., und stufenweise Befreiung der Einkommen über 1000 M.; Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Lehrmittel; Errichtung von Schulkantinen, Ferienkolonien; Errichtung von unentgeltlichen Bädern für alle Jahreszeiten; Abschaffung des Submissionsverfahrens bei Vergabe von staatlichen Arbeiten; Statistik über die Arbeiterverhältnisse; Befreiung der Arbeiter vom Gewerbegericht; Regelung des Abfuhrsystems u. s. w. Es wurde sodann eine aus fünf Personen bestehende Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten zur Bürgerstimmwahl in die Hand nehmen soll.

Die Sozialdemokratie hielt am 5. März in J. H. H. e. ihre diesjährige Konferenz ab. Vertreten waren 11 Orte durch 15 Delegirte. Aus der vom Vertrauensmann gegebenen Abrechnung ist hervorzuheben, daß bei einer Jahreseinnahme von 912,45 M. für Agitation und Ankauf von Schriften zusammen über 800 M. verwendet wurden. Die Gesamt-Ausgabe betrug 864,20 M. Die Thätigkeit der Genossen ist durch bedeutende Fortschritte gelohnt worden, welche unsere Bewegung überall im Wahlkreise machte. Während z. B. in Grundbittel im Jahre 1890 nur 19 Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurden, erweisen sich heute oftmals die Vokale zu Volksversammlungen zu klein, um alle die Zuhörer zu fassen. Kurz, auch bei den kernigen Dühmarschen steht es um unsere Sache vortreflich. Die Konferenz stellte den Genossen J. Klüß aus Elmshorn wiederum als Kandidaten für den Reichstag auf und bestimmte Heide zum Ort der nächsten Konferenz.

Aus Mysan wird uns geschrieben: Im überfüllten Saale der Germania erstattete am Sonntag Reichstags-Abgeordneter Franz Hofmann aus Chemnitz im glänzenden Rede Bericht über die Reichstags-Verhandlungen. Es mochten wohl gegen 2000 Personen anwesend sein; ungefähr 600 mußten wegen Mangels an Platz wieder umkehren. Besonders erfreulich ist, daß die Arbeiterinnen, von der Großmutter bis herab zur Enkelin, sich ebenso zahlreich wie die Männer an der Versammlung betheiligten.

Todtenliste der Partei. In Falkenstein i. S. wurde am Sonntag der Sticker Louis Lorenz beerdigt.

Vollzweites, Gerichtliches etc.

Das Chemnitzer Landgericht verurtheilte den ehemaligen Redakteur der „Vorkämpfer“, Volkshilfsmann, Oskar Fröhlich, wegen mehrfachen, durch die Presse verübter Beleidigungen zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängniß und den mitangeklagten Genossen Karl Gränberg aus Harta wegen ähnlicher Vergehen zu 100 Mark Geldstrafe. Fröhlich wurde in Haft genommen.

Das Mannheimer Landgericht in Nr. 61 des „Hamburger Echo's“ veröffentlichte Artikel über die Frage der Reform der Militärjustiz, welche die Hamburger Polizei geru haben. Sie beglückte derhalb die Redaktion mit einer Hausjuchung, die aber natürlich keinen Erfolg hatte.

Wegen U. gebühr vor Gericht wurde in einer Sitzung der Breslauer Strafkammer der aus dem Gefängniß vorgelohnte Redakteur der „Volkswacht“, Genosse Karl Ziel, der angeklagt war, einen Schuhmann beleidigt zu haben, zu 3 Tagen Haft verurtheilt. Er hatte eine Reue ausgesprochen, aus der entnommen werden konnte, daß er die Objektivität des Gerichtshofes in Zweifel ziehe. Der Verteidiger Rechtsanwalt Maruse bewahrte die Reue Ziel's. Die Anklage wegen der Schuhmanns-Beleidigung blieb unerledigt, da noch ein Zeuge vernommen werden soll.

## Briefkasten der Redaktion.

H. J. Der Austritt aus der Landeskirche ist beim Amtsgericht zu erklären. — Ueber die Person des infirmitenden Schankwirths müssen Sie sich bei der Expedition erkundigen.

O. S. Stöber (Rheinland). Beschwerde beim Amtsgericht!

R. Ch. Schöffen erhalten keine Entschädigung.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, den 17. März.  
Opernhaus. Dämlich.  
Schauspielhaus. Faust.  
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.  
Berliner Theater. Der Weichenkresser.  
Festung-Theater. Heimath.  
Wallner-Theater. Die Rosa-Dominos.  
Kroll's Theater. La Traviata.  
Besenzy-Theater. Die beiden Champagnols.  
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.  
Neues Theater. Lotta.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Die Gledermans.  
Adolph Ernst-Theater. Berlin, wie es weint und lacht.  
Thomas-Theater. Ihr Korporal.  
National-Theater. Dorf und Stadt.  
Alexanderplatz-Theater. Die Konfessionen.  
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.  
Santmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
Gebäude Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
Zum 80. Mal:  
**Modernes Babylon.**  
Singspiel in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Coupletts theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.

**American-Theater.**  
Novität! Novität!  
**Der Dussel**  
(Nulpus)  
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Kollstov von Oscar Wagner.  
(Klemm - Ede . . Martin Bondix.)  
**Alfred Bender**  
in seinem neuesten Originalvortrag  
**Der Volksmund in Berlin.**  
Blank, der beste Bauchredner.  
Unhaltender Erfolg.  
**Die Trockenwohner.**

**Passage-Panopticum.**  
**Ren!**  
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

**Gastan's Panoptikum.**  
Große Ausstellung lebendgroßer Wachfiguren u. Gruppen.  
Neue Illusion: Lotosblume.  
Andere Illusionen.  
**Fantoché-Theater.**  
Capitan's Irrgarten. Schreckenskammer.

**Kaufmann's Variété**  
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Vollständig neues Programm.  
Tom. Belling, Original-August.  
Truppe Hugoston, Akrobaten.  
Kolling Müller, Wasserführer.  
The Matinos, Gyrenicks.  
Goschw. Taciana, Quettistinnen.  
Kolar. Bender, Humorist.  
Miss Victoria, Jongleuse und preisgekrönte Schönheit.  
Rigó Manó, Ungarischer National-Sänger,  
sowie sämtl. engag. Spezialitäten.  
Anfang Wochentags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf.

**Feen-Palast**  
Jeden Tag:  
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.  
Vassepantou's u. Bons haben Gültigkeit.

**Circus Renz.**  
(Raristr.)  
Freitag, 17. März, Abends 7 1/4 Uhr:  
Auf allseitiges Verlangen: 10. Wiederholung der Gala-Festvorstellung vom 27. Januar.  
Großer Festauszug.  
1. Reigen der Ritter und Gekdamen;  
2. Militärisches Divertissement (Wegenwart). Zum Schluss:  
**Ein Künstlerfest.**  
Große Ausstattungs-Pantomime.  
Neue Einlagen mit überraschenden Wasser- und Lichteffecten. Ballet von 100 Damen. Glänzender Blumencorso. Grosses Brillant-Panorama.  
Auserdem: Mr. James Pills mit dem Schulpferde Markir. u. c.  
Sonntag: Zwei Vorstellungen. Um 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei) Die lustigen Heidelberger. — Abends 7 1/4 Uhr: Ein Künstlerfest.  
Billet-Vorverkauf an der Birtuskasse u. beim „Invalidentank“, Mariengrabenstr. 51a.  
**Fr. Renz, Direktor.**

**Gratwell's Bierhallen**  
Kommandantenstr. 77-79.  
Täglich:  
**Germania-Konzert- u. Koppel-Sänger**  
sowie Auftritten des musikal. Clown Mr. Barna und Damen-Imitator Willy Wilson.  
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.  
Zwei Säle  
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Regelbahnen.  
**F. Sadtke.**

**Etablissement Buggenhagen.**  
Morph. Platz.  
Täglich: Instrumental-Konzert.  
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Vahenhofer Lagerbier, hell und dunkel.  
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.  
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.  
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u.

**Oranien-Bad**  
Oranienstr. 44.  
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.  
**Dampfbäder.**  
Einpackung und Massage.  
Leitungswasser. 5719L\*

**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Wahlvereins im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis die traurige Nachricht, daß der Genosse  
**Maurer Adolf Ullrich**  
am Dienstag, den 14. März, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. März, um 1 Uhr, vom Trauerhause Hirtensstraße 12a aus statt. 878/9  
Um rege Betheiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute!**  
Am 11. d. M. ist das Mitglied unseres Vereins, der Zimmerer  
**Johann Brückner**  
verstorben.  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. März, Mittags 12 Uhr von der Reichenhalle der Königl. Charite nach dem neuen Elisabeth-Kirchhofe statt. 1850b  
Der Vorstand.

**Dankagung.**  
Allen Verwandten, Freunden u. Bekannten sowie dem Berl. Ruderverein „Sturmvogel“ und dem Rummer'schen Gesangsverein für die rege Theilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes **Freih. Lanfer** unseren herzlich. Dank.  
1856 Friedrich u. Marie Lanfer.

**Steglich! Töpfer! Rixdorf!**  
2 Wander-Versammlungen des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins u. Umg.  
1. in Rixdorf, im Lokale des Herrn Kummer, Berlinerstr. 186, am Sonntag, d. 19. März, Vorm. 10 Uhr.  
2. in Steglitz, im Lokale des Herrn Borsdorf „Börse“, am Montag, den 20. März, Abends 6 Uhr.  
Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch derselben bittet  
Der Vorstand.  
J. A.: R. Topf, Gipsstraße 3.

**Arbeiter-Bildungsschule (Nord).**  
Große Versammlung  
am 19. März, Abends 6 Uhr,  
im Saale des Herrn Philipp, Rosenthalerstr. 38.  
Tagesordnung: 1. Optimismus und Pessimismus. Referent: Herr Wilh. Baumann (Schüler der Arbeiter-Bildungsschule). 2. Diskussion. — Nachher Tanz und gefelliges Beisammensein. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen!  
Die Schulkommission. 1853b\*

Unserem Kollegen und Genossen **Erich Dubach** zu seinem heutigen Biennest die herzlichsten Gratulationen, daß alle Bierquellen tanzen. Die Kollegen von Oben und Unten.

**Noack's Festäle**  
Brunnenstr. 18/19, 1875b  
sind am Palmsonntag, den 26. d. M., frei geworden.

Hiermit empfehle ich meine in **Friedrichshagen, Friedrichstr. 123**, neu errichtete  
**Weissbier-Brauerei**  
nebst Ausschank  
allen Freunden und Bekannten zur gefälligen Berücksichtigung. Versandt in Gebinden und Flaschen jederzeit.  
3807L\*  
**August Kapell.**

Für Vereine und Gewerkschaften!  
Ein Vereinszimmer, 25 Pers. fassend, m. separatem Eingang, für Arbeitsnachweis passend, Logis im Hause, nahe Halleschem Thor, ist zu vergeben. Gef. Off. sab 37 Postamt 61 erb. 1851b  
Vereinszimmer mit Piano (25 bis 30 Pers.) noch einige Tage frei, auch zur Jahrsfeste zu vergeben. 1863b  
**R. Nuhl, Chorinerstr. 53.**

**Bismarckshöhe,**  
Charlottenburg, den 18. März 1893.  
Nach der Märzfeier-Versammlung: Familien-Kränzchen bei freiem Entree, wozu freundlichst einladet [3847L] **H. Franke.**

**Roh-Tabak**  
**A. Goldschmidt, 3806L\***  
am hiesigen Platze wie bekannt **grösste Auswahl!**  
Garantie für sicheren Brand.  
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.**

**Oranien-Bad**  
Oranienstr. 44.  
Abonnements I. Kl. 60 Pf., II. Kl. 3 Bäder 1 M.  
**Dampfbäder.**  
Einpackung und Massage.  
Leitungswasser. 5719L\*

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten, sowie Kollegen und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Maurer  
**Adolf Ullrich**  
am 14. März nach langem, schwerem Leiden an der Zuckerkrankheit verstorben ist. — Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. März, Mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Hirtensstraße 12a, aus statt. Um stille Theilnahme bitten  
Die trauernde Wittwe **nebst Mutter und Geschwistern.**  
Allen Genossen empfehle mein **Blumengeschäft** nebst **Kranzbinderei.**  
**A. Krause, Wienerstraße Nr. 11.** 87082\*

**Todes-Anzeige.**  
Allen Verwandten, Freunden u. Bekannten sowie dem Berl. Ruderverein „Sturmvogel“ und dem Rummer'schen Gesangsverein für die rege Theilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes **Freih. Lanfer** unseren herzlich. Dank.  
1856 Friedrich u. Marie Lanfer.

Öffentliche  
**Volks-Versammlung**  
des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises  
Freitag, den 17. März, Abends 8 Uhr, in Brochnow's Salon, Sebastiansstraße Nr. 39.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Köster**: Die Bedeutung des 18. März. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Manifest-Komitees. 347/4\*  
Zahlreiches Erscheinen erwünscht  
Die Vertrauensperson.

Öffentliche Volks-Versammlung  
für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis  
am Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr, in Saale des Schweizer-Gartens, am Friedrichshain.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über das „tolle Jahr“ 1848. Referent: Genosse **Dr. Plan.**  
2. Diskussion. 3. Wahl eines Manifest-Komitees. 351/1\*  
Die Vertrauensperson: **Fr. Krüger, Hirtensstr. 10.**

Öffentliche Volks-Versammlung  
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis  
am Sonnabend, den 18. März 1893, Abends 8 Uhr, bei **Reichert, Müllerstraße Nr. 7.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen **Stabio Vogtherr**: Die Bedeutung des 18. März. 2. Diskussion. 353/3\*

**Achtung! Öffentliche Achtung!**  
**Berksammlung für Frauen und Männer**  
heute, Freitag, Abends 8 Uhr, in **Ahrens' Brauerei, Thurmstr. 26:**  
Vortrag über: Die Cholera in Hamburg.  
Referent: Herr **Stüve**-Hamburg. Entree 10 Pf. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
Im Interesse der Besucher ist pünktliches Erscheinen erwünscht.  
Der Einberufer.  
407/5 **B. G. S. Mann, Gerglerstr. 4.**

**Mitglieder-Versammlung der Holz- und Bretterträger Berlins und Umgegend**  
Sonntag, den 19. März, Vorm. 10 Uhr, Schönleinstr. 6 bei **Otto Klein.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Delegierten der Streit-Kontrollkommission. 2. Abrechnung vom Wiener Mastenball. 3. Besprechung über die Höhe des monatlichen Beitrages und Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. 179/6  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Tischler-Verein.**  
Zahlstelle Berlin.  
Versammlung der Branche Musikinstrumenten-Arbeiter  
am Sonnabend, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Koller, Gergstraße 68.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Wiedemann** über: Der freie Arbeitsvertrag. 2. Diskussion. 3. Die Mißstände in der Pianofabrik von Höfener und die Wahrung der Kollegen Ullrich. 4. Verbands-Angelegenheiten. 5. Verschiedenes. 317/10

**Verein der Einsetzer (Tischler) Berlins und Umgegend.**  
Sonntag, den 19. März, Vormitt. 10 1/2 Uhr, bei **Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße 44:**  
**Mitglieder-Versammlung**  
Tagesordnung: 1. Vortrag über den 18. März. 2. Verschiedenes und Fragelasten. — Der Arbeitsnachweis befindet sich im Vereinslokal Neue Friedrichstr. 44, Abends von 8-9 und Sonntags von 10-12 Uhr. 145/8  
Der Vorstand.

**Verein der Gummiarbeiter Berlins und Umg.**  
Sonnabend, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „**Wilhelmshof**“, Alt - Moabit No. 104-105:  
**Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag: „Der 18. März, ein Gedenktag des Proletariats.“ Referent Genosse **Timm.** 2. Diskussion. 3. Entrichtung der Beiträge. 4. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.  
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
1848b  
Der Vorstand.

**Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin I.  
Sonnabend, den 18. März 1893, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des **Herrn Säger, Grüner Weg Nr. 29:**  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Adler.** 2. Gemeindefachliches und Fragelasten. — Frauen sind ganz besonders eingeladen. — Nach dem Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
Der Vorstand.

**Schöneberg.**  
**Große öffentliche Volksversammlung für Frauen und Männer**  
am Sonnabend, den 18. März 1893, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale der **Schloßbrauerei zu Schöneberg.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Bedeutung des 18. März von 1848. Referent **Dr. Lütgenau.**  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Zur Deckung der Unkosten findet Tellerfassung statt.  
Der Einberufer.

**Möbel u. Polsterwaaren** **Aug. Herold,**  
Oranienstr. 83/84.  
Hierzu eine Beilage.



## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

68. Sitzung vom 16. März 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Malchahn.

Zur ersten Verathung steht der Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertragsvertrag zwischen dem Reich und dem Freistaat Columbia. Derselbe wird nach unwesentlicher Diskussion, welche die Konservativen dazu benutzten, über den deutsch-russischen Handelsvertrag zu räsonniren, einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Verathung der Novelle zum Gesetz, betreffend den Unterstützungswohnsitz.

Abg. Pahn (D.): Durch die Vorlage ist unsern Wünschen in einiger Beziehung Rechnung getragen. Wir sehen unbedingt auf dem Boden der sozialpolitischen Gesetze und haben die Opfer, welche sie dem platten Lande zumuthen, gern auf uns genommen. Unsere Desiderien in bezug auf Erleichterung in anderer Richtung gehen weiter als die Vorlage. Wir müssen uns vorbehalten, die Erfüllung dieser Desiderien an anderer Stelle weiter zu betreiben. Die vorgeschlagene Abänderung des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes beschränkt sich auf die Herabsetzung der Altersgrenze für Erwerb und Verlust des Wohnsitzes von 24 auf 18 Jahre. Auch wir anerkennen, daß eine grundsätzliche Reform zur Zeit nicht möglich sein wird, jedenfalls wird sich die Ausdehnung des Heimathrechtes als unthunlich erweisen. Unter solchen Umständen sind wir mit der Herabsetzung der Altersgrenze einverstanden. Wir würden allerdings das sechszehnte Lebensjahr noch mehr vorziehen und für das 18. nur stimmen, wenn das 16. nicht zu erreichen ist. Wir müssen darauf sehen, daß die Jugend nicht zu früh aus dem Heimathorte wegzieht. Wir empfehlen diese Frage besonderer Erwägung in der niedersitzenden Kommission. Die Verpflichtung des Armenverbandes des Dienstortes zur sechsmonatlichen Leistung von Kur und Verpflegung für erkrankte Diensthelfer, Gesellen, Gewerbegehilfen und Lehrlinge soll auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt und auf 18 Wochen verlängert werden. Wir werden auch für diese Bestimmung eintreten, wenn sie nicht noch weiter ausgedehnt werden kann. Auch der Abänderung des Strafgesetzbuches werden wir zustimmen, wonach nach § 301 des Strafgesetzbuches bestraft werden soll, wer, obgleich er in der Lage ist, diejenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich der Unterhaltungspflicht trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde derart entzieht, daß durch Vermittlung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß. Bedauerlich ist, daß die Schwierigkeit, welche das französische Armenrecht in Elsaß-Lothringen für das Deutsche Reich bietet, von der Novelle unberührt bleibt. Wenn wir also mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden sind, so gehen unsere Wünsche weiter; namentlich wollen wir eine Aenderung des Freizügigkeitsgesetzes dahin, daß das Prinzip unangefastet bleibt, aber ein Einzugsgeld für zulässig erklärt wird. Eine solche Fakultät kann nach meiner Meinung sehr wohl von Reichswegen für die Gemeinden festgesetzt werden, ein solches Äquivalent muß für das platte Land wegen der Opfer, welche ihm das jetzige Gesetz auferlegt, verlangt werden. Das platte Land ist durch die sozialpolitische Gesetzgebung nicht etwa in seinen Leistungen für die öffentliche Armenpflege erleichtert, sondern härter belastet worden. Im Jahre 1892 sind in der Provinz Brandenburg bei 24 Millionen Einwohnern 12 000, in Berlin bei 1,6 Millionen Einwohnern 1800 Altersrenten festgesetzt worden. Diese Zahlen beweisen schlagend die stärkere Belastung des platten Landes. Wir beantragen Kommissionsberathung für die Vorlage.

Abg. Stolte (Soz.): Die Frage der Abänderung des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes schwebt seit Anfang der achtziger Jahre, die Regierung hat aber immer gesagt, die Angelegenheit sei noch nicht spruchreif. Ob diese Vorlage alle Beschwerden und Klagen beseitigen wird, die seit einem Jahrzehnt über das Unterstützungswohnsitz-Gesetz erhoben sind, ist zweifelhaft. Ich bin kein prinzipieller Gegner der Herabsetzung der Altersgrenze, aber aus anderen Gründen als die Herren auf der Rechten. Die ganze Vorlage führt nichts anderes herbei, als daß sie die Lasten von der einen auf die andere Seite, von der einen Provinz auf die andere abwälzt. Es ist ein Irrthum der Agrarier, daß die Bevölkerung freiwillig von Osten nach Westen fortzieht. Der Zwang treibt die Leute aus dem Heimathort, der Arbeiter geht nur dahin, wo seine Arbeit am besten gelohnt wird. Die Herren im Osten haben früher viel versäumt gegen ihre Arbeiter. Herr v. Büttner-Muhl, ein ihrer erster Führer, hat längst in einer Versammlung in Westpreußen selbst zugegeben, daß die Großgrundbesitzer des Ostens die Schuld daran haben und daß er, wenn er Arbeiter wäre, längst aus dem Osten ausgewandert wäre; es könnte nicht eher besser werden, als bis die Leute im Osten so gut gehalten würden wie in der Industrie im Westen. Die Statistik über die Fortwanderung von Osten nach Westen zeigt uns, daß in das Königreich Sachsen, welches durch diese Vorlage mit mehreren Millionen Mark in Mitleidenschaft gezogen wird, 1886 aus der Provinz Ostpreußen 1629, aus Westpreußen 1025, Pommern 1362, Posen 2718, Schlesien 27 443, aus der Provinz Sachsen 60 585 und auch aus anderen Provinzen bedeutende Ziffern, Summa Summarum 119 243 Köpfe mehr heringekommen sind, als Sachsen von seiner eingeborenen Bevölkerung dorthin abgegeben hat. Von diesen Arbeitern würde durch die Herabsetzung der Altersgrenze eine große Anzahl viel früher im Königreich Sachsen unterstützungsberechtigt werden. Man sagt, der zuziehende Arbeiter verleihe seiner Arbeitsgemeinde durch seine Arbeitsleistung Vortheil. Diese individuelle Werthschätzung des einzelnen Arbeiters läßt sich aber nicht nach Thalern und Pfennigen berechnen. Ich betrachte überhaupt die Armenpflege nicht vom Geldstandpunkt, sondern von einem viel höheren. Die Vorlage wird eine Entlastung der ländlichen Distrikte und eine bedeutende Belastung der Industriestätten herbeiführen. Man sagt ferner, die Industrie habe auch einen Vortheil von dem zuziehenden Arbeiter. Wer will aber behaupten, wie viel? Ein Arbeiter, der vielleicht zwanzig Jahre im Osten seine Arbeit geleistet und seine Steuern bezahlt hat, wird zur Fortwanderung nach Sachsen gezwungen, verarmt nach zwei Jahren, nachdem er alt und siech geworden ist, und die sächsische Industriegemeinde, wo er zuletzt gearbeitet hat, hat ihn nun zu unterstützen. Hat da die Industrie in Sachsen mehr Vortheil von ihm gehabt oder seine Heimath in Osten? Der Arbeiter wohnt auch oft ein bis zwei Stunden weit von der Fabrikstadt entfernt auf dem Lande; der Land-Armenverband hat also von der Arbeit desselben gar keinen wirtschaftlichen Vortheil; verarmt aber der Mann, so hat seine kleine Wohngemeinde die große Last dadurch. Im Königreich Sachsen bildet jede Gemeinde einen Orts-Armenverband, nur sehr wenige Gemeinden sind mit einander zu einem Verbands vereinigt. Durch die Vorlage bekommen diese Armenverbände Tausende von unterstützungsberechtigten Personen, für deren Armenpflege sie bisher die Kosten von der Heimathsgemeinde liquidiren konnten. Die Gemeinden in Sachsen, denen die Last nunmehr zufällt, bestehen größtentheils aus armen Weibern, Strumpfwirkern &c. Diese Konsequenzen scheint man bei

der Ausarbeitung der Vorlage nicht bedacht zu haben. Eine wirklich gerechte Vertheilung kann man nur vom humanitären Standpunkte aus finden, nicht dadurch, daß man die einzelnen Vorthelle hier und da abwägt. In der zweiten sächsischen Kammer hat man diese meine Vorschläge nicht beachtet und unseren öffentlichen Versammlungen, in denen wir diese Frage erörterten, alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt. Ich freue mich, daß die Altersgrenze für die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Arbeiter von dem 24. auf das 18. Lebensjahr verlegt worden ist; ich traute meinen Augen nicht, als ich das las. Früher hat man uns von seiten der Regierung bestritten, daß die wirtschaftliche Selbstständigkeit mit dem 20. Lebensjahre beginne. Die Regierungen sollten auch die Konsequenzen ziehen und den Arbeitern, die mit 18 Jahren schon etwas für die Gemeinde und den Staat thun, entsprechende Rechte zu gewähren. Im preussischen Abgeordnetenhaus, wo man jetzt ein neues Wahlgesetz beräth, hätte man dazu Gelegenheit. Weiter hat uns das Zugeständniß überrascht, daß die Alters- und Invalidenunterstützungen den Gemeinden nichts genügt haben. Wir haben das vorausgesehen, haben gegen die sozialpolitischen Gesetze gestimmt und sind deswegen heftig angegriffen worden. Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung sagen, daß die Gemeinden durch die Alters- und Invaliditätsversicherung nicht um einen Pfennig erleichtert worden sind. Die Belastung der Gemeinde wächst proportional mit der zuwandernden Bevölkerung. In einzelnen Städten beträgt die Armenlast 10-12 pCt. der gesamten Gemeindegeldausgaben, während andere nur 1/2 pCt., oft gar nichts aufwenden. Mit der Steigerung derartiger Lasten muß auch die Unzufriedenheit in den Gemeinden sich steigern. Was ist geschehen, um diese Unzufriedenheit nicht noch größer werden zu lassen? Man hat auf verschiedene Klagen einzelner Landestheile Rücksicht genommen, ohne danach zu fragen, wie das Gesetz anderswo wirkt. Die Verfasser der Vorlage haben nicht in Betracht gezogen, welche Kalamitäten durch dieselbe entstehen. Jeder Armenverband wird zunächst darauf bedacht sein, die zweijährige Frist den zugewanderten nicht aussetzen zu lassen. Der „Vorwärts“ brachte neulich eine Erzählung aus Wolfenbüttel von einem aus Ostpreußen eingewanderten Arbeiter, der nicht kapitalträchtig genug war, um seine mitgebrachte Mutter genügend zu unterstützen. Der Magistrat ließ wider seinen Willen und, nachdem er auf die Unternehmung verzichtet hatte, seine Mutter nach Ostpreußen fahren. Noch schlimmere Zustände werden durch das neue Gesetz geschaffen werden. Vielleicht kann die Kommission noch Abhilfe schaffen. In meiner Gemeinde haben wir anders gehandelt. Wir haben der Witwe eines eingewanderten Mannes zunächst unentgeltlich einen Haus-Gewerbeschein verschafft und ihr dann nach mehreren Jahren, als sie um Unterstützung einkam, noch eine Markt wöchentlich gegeben, anstatt sie abzuschließen. Dies war freilich zufällig eine sozialistische Gemeinde. Hunderte von Familien werden durch das neue Gesetz obdachlos gemacht, im Lande umherirren und von Gendarmen verfolgt werden. Nur eine Konzentration der Armenpflege würde solche Uebelstände beseitigen. Diese Ansicht ist bereits im Jahre 1884 in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ausgesprochen worden. Wir wollen es nicht dem Zufall überlassen, daß der Arme von einem wohlhabenden Manne freiwillig unterstützt wird, wir verlangen, daß die Last auf die Schultern aller Bürger gelegt wird. Ich finde den Wohlthätigkeitsstern des Einzelnen nicht an, aber warum sollen wir den Preis nicht heranziehen, der zwei, dreimal so viel geben kann, wie sein wohlthätiger Nachbar, und doch nichts giebt. Wenn dieser Schritt nicht gethan wird, werden wir eine immer härtere Armenpflege bekommen. Wenn die Gemeinden durch die zuwandernde Bevölkerung immer stärker belastet werden, werden sie in ihren Leistungen für die Armen immer tiefer heruntergehen und nicht einmal mehr das aller-nothwendigste gewähren. Das soll nicht der Geist eines Unterstützungswohnsitz-Gesetzes sein. Die Unterstützungen in den einzelnen Armenverbänden sind nach der sächsischen Statistik sehr verschiedenartig. Der Orts-Armenverband Leipzig zahlt für eine Familie mit Mann, Frau und 4 Kindern wöchentlich 12, ja 15 Mark Unterstützung. Nach dem vorliegenden Gesetz aber kann unter bestimmten Voraussetzungen der Arme gar in ein Arbeitshaus gesteckt werden. Wenn das Humanität sein soll, dann weiß ich nicht mehr, was Humanität ist. Auf diesem Gebiete werden wir Ihnen nicht folgen. Ich beantrage, diese Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hoffentlich kommen wir dort zu einem wirklich guten Unterstützungswohnsitz-Gesetz (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Gamp (Hyp.) bedauert, daß das nicht erreicht sei, was man eigentlich erreichen wollte, nämlich ein einheitliches Armenrecht für Deutschland, welches weder in materieller, noch in formeller Beziehung vorhanden sei. Es besteht der Unterschied zwischen dem Prinzip des Heimathrechtes und des Unterstützungswohnsitzes und es ist der Landesgesetzgebung überlassen, das Verhältnis zwischen Orts- und Landarmen-Verband zu regeln. Es wird sehr schwierig sein, eine einheitliche Regelung herbeizuführen, deshalb muß danach getrachtet werden, den bestehenden Gesetzeszustand möglichst zu verbessern. Mit der Herabsetzung der Altersgrenze wird ein besonderer Unterstützungswohnsitz erworben werden kann, ist Redner einverstanden, aber nicht mit der weiteren Bestimmung, daß die Gemeinden auf 13 Wochen lang die Arbeiter unterstützen sollen ohne Entschädigungsanspruch; denn es werden davon hauptsächlich die ländlichen Gemeinden betroffen, welche keine Krankenkassen haben, während in Stadtgemeinden die Arbeiter für ihre Krankenversicherung selbst bezahlen müssen. Redner weist darauf hin, daß die Beschäftigungsgemeinden oft Unterstützung gewähren und sich nachher ersehen lassen, welche die erfahrungsmäßige Unterstützungswohnsitz-Gemeinde nicht gewähren würde. Nicht nur die Kosten eines Arztes, sondern oft mehrerer Arzte werden liquidirt, sodas die Kostenrechnungen für einen Fall oft auf mehrere hundert Mark steigen, während in den ländlichen Unterstützungswohnsitz-Gemeinden die Leute kaum dazu kommen, überhaupt einen Arzt hinzuzuziehen. Die Entschädigungen müßten in solchen Fällen gewährt werden nicht nach den Sätzen der städtischen Gemeinden, sondern nach den Verhältnissen der ländlichen Gemeinden. Das Gesetz biete dafür wohl einen Anhalt, daß so verfahren werden könne; aber die Judikatur habe anders entschieden. Redner tritt schließlich der Behauptung entgegen, daß die Arbeiter nur der niedrigen Löhne wegen aus dem Osten nach dem Westen gehen. Den Verhältnissen entsprechend bei freier Wohnung und billigen Lebensmitteln, bei der Einstellung einer Kuh u. s. w. steht sich eine Arbeiterfamilie im Osten viel besser als ein Industrie-Arbeiter im Westen.

Abg. von Schalscha (Z.): Die letzten Worte sind mit aus der Seele gesprochen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Herr Bedelbat hier selbst erzählt, daß die industriellen Arbeiter nur 3 M., ja nur 3,50 M. für die Woche Lohn erhalten. Wenn im Osten habe die Arbeiter eine schöne Wohnung, eine Scheune u. s. w.; sie erhalten 1500 Pfund Getreide, was 1500 Pfund Brot gleichkommt, das macht 4 Pfund Brot pro Tag oder 12 Pfennig; sie schlachten sich 1 oder 2 Schweine, das macht 1 Pfund Fleisch auf den Tag oder 70 Pfennig; dazu kommt noch Milch u. s. w. und der Lohn bleibt übrig, sodas die Familie leben kann, auch wenn der Mann das Geld für sich selbst verbraucht. Warum müssen die Landgemeinden so oft für ihre Angehörigen in den Städten bezahlen? Weil die Leute mit

ihrem „hohen“ städtischen Lohn nicht ausgekommen sind. Der hohe Geldlohn lockt die Leute in die Stadt; sie denken aber nicht daran, daß dieser Lohn durch die Krisen der Industrie häufigen Depressionen unterworfen ist. Durch die Freizügigkeit leiden namentlich die Landgemeinden; deshalb wäre es mir lieber, wenn statt des 18. Jahres das 16. gewählt wäre. Wenn z. B. ein junges Mädchen mit 16 Jahren in die Stadt geht als Dienstmädchen oder als Fabrikarbeiterin, so ist das für die Landgemeinde oft gefährlich. Das junge Mädchen empfindet vielleicht die Neigung zu einem andern Berufe, z. B. zur Kasse (Große Heiterkeit), und das hat seine Konsequenzen (Große Heiterkeit); und die Landgemeinde hat dann das betreffende Kind 24 Jahre lang zu unterhalten, bis es sich einen eigenen Unterstützungswohnsitz erwerben kann. (Wiederholte große Heiterkeit.) Je leichter und je früher der Unterstützungswohnsitz erworben werden kann, desto mehr wird sich die Zahl der Landarmen vermehren und es wird gepörrt werden müssen, ob man nicht die Landarmenverbände so konstruiren muß, daß ein Landarmenverband für die Städte und einer für die Landgemeinden gebildet wird.

Abg. Omann (nl.) wendet sich dagegen, daß die Konservativen ein Einzugsgeld verlangen für den Aufenthalt an einem Orte. Der Bürger wird, der kann wohl eher ein solches Einzugsgeld bezahlen, aber nicht jemand, der, weil in seiner Heimath keine Arbeit ist, anderswo vorübergehend Arbeit sucht. Das wäre eine zu große Beschränkung der Freizügigkeit, die doch ein Grundrecht des Deutschen Reiches sei. Mit der Frage, wie die Armenlast getragen werden soll, haben wir uns nicht zu beschäftigen; diese gewaltige Aufgabe können wir bei dieser Gelegenheit gar nicht lösen. Die Vorlage beschränkt sich in ihrer Tendenz auf eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse. Das erst mit dem 24. Lebensjahre ein Unterstützungswohnsitz erworben wird, habe ich nie gebilligt; ob es aber richtig ist, auf das 18. oder gar auf das 16. Lebensjahr zurückzugreifen, erscheint mir doch zweifelhaft. In diesen Jahren können sich ja die jungen Leute noch nicht einmal selbstständig vermiehen; ja nach der Gewerbe-Ordnung können sogar die Löhne der jungen Leute den Eltern statt diesen selbst ausbezahlt werden. Man wird also etwas über 18 Jahre hinausgehen müssen. Die Einführung einer kurzen Verjährungsfrist ist durchaus angemessen, weil sonst leicht der Beweis für gewährte Leistungen fortfallen könnte. Bezüglich der Fürsorge für kranke Arbeiter ist die Ausdehnung von 6 auf 18 Wochen vielleicht nicht sehr erfreulich; da die 18 Wochen nur für solche Arbeiter festgesetzt sind, welche in den Krankenkassen versichert sind. Aber sonst ist die Ausdehnung auf alle Arbeiter wohl richtig. Endlich ist es sehr erfreulich, daß das Unterstützungswohnsitz-Gesetz in vollständiger Reduktion neu veröffentlicht werden soll; es ist für die Bevölkerung sehr erfreulich, daß sie nicht mehr durch alle Novellen und Abänderungsgesetze umhergehet, sondern ein einheitliches Gesetz vorfindet. Redner empfiehlt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Warbe (Z.) bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Um 5 Uhr wird ein Verlegungsantrag abgelehnt.

Abg. Stolte (Soz.) weist darauf hin, daß die Armenlasten namentlich in den Landgemeinden des Ostens sehr groß sind, weil die Gutsbezirke ihre Arbeiter meist in den benachbarten Gemeinden wohnen haben, nicht in Gutsbezirke selbst. Der vorgeschlagene Verschärfung des Strafgesetzbuchs werden meine Freunde niemals zustimmen, weil die Bestimmungen schon scharf genug sind. Leute, die arbeiten wollen, finden vielfach keine Arbeit; das ist weder ihnen, noch manchmal dem Fabrikanten zuzuschreiben; das liegt an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Um hier eine ungleiche Belastung der Gemeinden zu hindern, müßte die Armenlast vom Reiche oder von den Einzelstaaten getragen werden.

Darum wird um 5 1/4 Uhr die weitere Verathung bis Freitag 1 Uhr vertagt. Außerdem einige kleinere Vorlagen und erste Lesung der Novelle zum Militär-Pensions-Gesetz.

## Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 16. März, Nachmittags 5 Uhr.

Die Einführung und Verpflichtung des neu gewählten Stadtv. Kreittling erfolgt in der üblichen Weise.

Ausgelegt wird eine von einer allgemeinen Mietherversammlung beschlossene, gegen die Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer von 70 auf 90 pCt. gerichtete Resolution.

In das Erleuchtungs-Kuratorium wird als Bürgerdeputirter gewählt der Fabrikant Silbermann, Blumenstr. 74, mit 62 gegen 34 Stimmen.

Die Versammlung tritt darauf ein in die Spezialberathung des Stadthaushalts-Etats für 1893/94.

Gegen das Kapitel I. Kammer-Verwaltung — Grundstücke in der Stadt und außerhalb derselben, Kalksteinbruch zu Küberdorf, Verrechnungen — hat der Etats-Ausschuß nichts zu erinnern gefunden.

Das Kapitel wird bewilligt.

An dem Etat der Gymnasien, Realgymnasien und Ober-Realgymnasien hat der Ausschuß wesentliche Aenderungen nicht vorgenommen. Einige vorgeschlagene Abweichungen vom Normal-Befolgungssatz und von den Grundregeln seiner Ausführung will der Ausschuß erst der Normal-Etats-Deputation vorgelegt wissen.

Die betreffenden Positionen (Gebälter der Oberlehrer, Vorkurslehrer, technischen Lehrer und Schuldienner) sollen daher nur unter Vorbehalt der definitiven Beschlußfassung über die beabsichtigten Aenderungen auf grund besonderer Vorlage des Magistrats nach Anhörung der Deputation bewilligt werden.

Die Funktionszulage für die Vorkurslehrer soll nach dem Antrage des Ausschusses von 150 auf 300 M. erhöht werden.

Mit den erwähnten Vorbehalten wird der Etat ohne Debatte nach dem Ausschussantrage genehmigt, ebenso die Etats der Realschulen (Höhere Bürgerschulen), Höheren Mädchenschulen, Turnhallen und Spielplätze.

Eine Anregung des Stadtv. Osmann bezüglich einer Aenderung des Lehrplans der höheren Mädchenschulen wird vom Vorsteher als bei der Etatsberathung nicht zulässig zurückgewiesen.

Zum Etat der Gemeindegymnasien war beantragt, die Zahl der neu zu eröffnenden Klassen von 100 auf 70 zu ermäßigen. Der Antrag ist jedoch im Ausschusse zurückgezogen worden.

Zur größeren Sicherstellung der technischen und Handarbeitslehrerinnen soll bestimmt werden, daß technische Lehrerinnen, welche die Prüfung für Handarbeiten und Turnen oder Handarbeiten und Zeichnen bestanden haben, durch Kontrakt für 16 Stunden wöchentlich und eine jährliche Remuneration von 768 Mark angenommen werden können; die Prüfung des Kontrakts kann nur zum Semester-Schluss und mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten erfolgen. Handarbeits-Lehrerinnen, welche vor dem 1. April 1893 an Gemeindegymnasien beschäftigt gewesen sind, können auch dann kontraktlich angenommen werden, wenn sie nur eine Prüfung abgelegt haben.



Der Ausschuss hat diesen von der Normaldeputation beschlossenen Bestimmungen auch seinerseits zugestimmt; ferner hat er in zweiter Lesung beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, die Vermehrung der Schulklassen um 100 zu genehmigen, aber dabei die Erwartung auszusprechen, dass der Magistrat bestrebt sein werde, der in einzelnen Gemeindefchulen, namentlich in der Unterstufe, herrschenden Ueberfüllung nach Möglichkeit zu steuern.

Ueber zwei zu dem Gemeindefschulrat eingegangenen Petitionen a) des Vorstandes des Berliner Lehrervereins um Erhöhung des Durchschnittsgehalts der Berliner Gemeindefschullehrer, b) der hiesigen Gemeindefschullehrerinnen um 1. Aufhebung des Stellenetats und Gewährung von Alterszulagen.

2. Bildung einer 6. höheren Gehaltsstufe, wird nach dem Vorschlage des Ausschusses zur Tagesordnung übergegangen. Die Versammlung tritt der Resolution des Ausschusses betreffs der 100 neuen Schulklassen bei und genehmigt die auf die technischen Lehrerinnen bezüglichen Vorschläge des Magistrats.

Aum Etat selbst bemerkt

Stadtv. Bogtherr: Bezüglich der Etatsposition von 40 000 M. für unentgeltliche Verierung von Lehrmitteln wird uns in dem Ausschussberichte mitgeteilt, dass eine Erhöhung des Titels nach Ansicht des Magistratskommissars nicht erforderlich sei, weil noch 12 000 M. disponibel seien. Ich halte diese Schlussfolgerung für falsch. Der Rückstand resultiert nicht aus der Höhe der zur Verfügung stehenden Summe, sondern aus der Art der Verwendung derselben. Wir haben schon früher erklärt, dass man dem wirklichen Bedürfnis der ärmeren Bevölkerung nur dadurch gerecht werden könne, dass die Lehrmittel allgemein unentgeltlich gestellt werden. Wir stehen nach wie vor auf diesem Standpunkte, dass wir früher oder später dahin kommen werden und müssen. Der öfter gemachte Vorwand, dass 2/3 aller städtischen Ausgaben im alleinigen Interesse der ärmeren Bevölkerung verwendet werden, wird uns ja auch hier gemacht werden, aber diese Behauptung ist lediglich eine alte Fabel (Große Unruhe) — durch die Denkschrift des Magistrats selbst zum Etat wird ja diese Behauptung widerlegt. Unser bezüglicher Antrag ist zwar von der Versammlung abgelehnt worden, wir müssen aber immer wieder darauf zurückkommen, ebenso wie auf jenen der Einführung einheitlicher Lehrbücher. Wir ersuchen also den Magistrat, auf Grund der bei den früheren Beratungen von uns gegebenen Materialien unsere Forderung von Neuem zu erwägen und uns eine Vorlage zu machen. Wir wünschen ferner eine Untersuchung der Frage, wie Schulkinder morgens vor Beginn der Schulzeit beschäftigt werden.

Vorsteher Langerhans hält es für unzulässig, solche Anträge beim Etat anzulegen. Jeder Stadtverordnete habe das Recht, solche Anregungen in die Session selbständiger Anträge zu stellen und dieselben jederzeit einzubringen. Wollte man alle diese Anregungen bei jeder Etatsposition verfolgen, so würde die Etatsberatung nicht fertig werden.

Stadtv. Bogtherr: Eine solche Einschränkung würde jede Diskussion todtmachen. Jedenfalls sollte über diese von dem Vorsteher beabsichtigte Praxis die Versammlung sich erst äußern.

Stadtv. Gertzh: In dieser Weise darf sich keine Versammlung die Hände binden lassen; es mag un bequem sein, wenn ein Redner absteigt, aber jeder Stadtverordnete hat das Recht, zu jedem Etatstitel einen Antrag oder eine Resolution zu stellen.

Stadtv. Sachs II tritt dem Vorsteher bei.

Stadtv. Ramskau äußert sich im Sinne des Herrn Gertzh, meint aber, dass Stadtv. Bogtherr solche Anträge einzubringen und nicht bloß anzukündigen habe, dass er sie am Ende seiner Rede stellen werde.

Vorsteher Langerhans verzichtet darauf, über seine Auffassung abstimmen zu lassen.

Stadtv. Bogtherr (fortfahrend): Ich will keine direkten Abänderungsanträge stellen, sondern eine Anregung geben, dass der Magistrat nach dem Vorgange einer Versammlung von Schulkommissions-Vorsteher sich mit einer Enquete über die Beschäftigung der Schulkinder vor Beginn und nach dem Schluss der Schulzeit beschäftige, auch die Frage untersuche, wieviel Kinder morgens, ohne Frühstück genossen zu haben, in die Schule kommen. Ferner wünschen wir nach wie vor die Anstellung von Schulärzten, um zu einer richtigen Anschauung über den Gesundheitszustand aller unserer Schulkinder zu gelangen.

Der Etat für die Gemeindefschulen wird darauf nach dem Entwurf festgestellt.

Zu den Spezialstats der städtischen Krankenhäuser empfiehlt der Ausschuss die Annahme folgender Resolution:

Die Versammlung erachtet die Bildung einer Verwaltungsdeputation behufs gemeinsamer und einheitlicher Verwaltung sämtlicher Krankenhäuser und der sonstigen für die öffentliche Gesundheitspflege bestimmten Anstalten für wünschenswert und ersucht den Magistrat um eine entsprechende Vorlage.

Der Oberbürgermeister hat im Ausschuss die Erklärung abgegeben, dass er mit der Ausarbeitung einer bezüglichen Vorlage für den Magistrat bereits beschäftigt ist.

Beim Krankenhause Noabit ist die Mehrforderung von 6600 M. beim Titel „Befleidung“ mit Rücksicht auf den Rückgang der Lebensmittelpreise gestrichen worden.

Die Resolution des Ausschusses wird angenommen, nachdem Dr. Jadel ihre Annahme empfohlen und die Erwartung ausgesprochen hat, dass in das neue Kuratorium auch Arbeiter, Vertreter derjenigen Klassen hineingewählt werden, welche hauptsächlich in den städtischen Krankenhäusern behandelt werden.

Zum Titel „Befleidung“ im Etat des Krankenhauses Friedrichshain beantragen die Stadtv. Borgmann und Genossen, dass bei Vergütung der Dienstleistungen von Befleidungsgegenständen für die städtischen Krankenhäuser nur solche Unternehmer berücksichtigt werden sollen, die nicht in Strafankalten arbeiten lassen.

Stadtv. Borgmann: Wir haben den Antrag gestellt, obwohl die in Betracht kommende Summe nur sehr gering ist; aber es handelt sich für uns um das Prinzip. Es kann nicht Aufgabe der Stadtverwaltung sein, Arbeitskräfte in Strafankalten zu beschäftigen. In diesen haben sich teilweise große Industrien entwickelt. Gegen die Beschäftigung der Gefangenen kann ja nichts eingewendet werden, aber wenn diese Beschäftigung dem freien Arbeiter eine schwere Konkurrenz macht, so soll die Stadtgemeinde die Verantwortung dafür dem Staat überlassen. Die Stadt hat die Arbeitslosigkeit ihrer eigenen Bürgerschaft möglichst zu heben. Legen Sie hier das Prinzip fest, dann wird der Magistrat auch in anderen Verwaltungszweigen das Gleiche thun. Dass die Strafankalten billiger liefern, mag richtig sein, ist aber als Einwand hinsichtlich, wenn man erwägt, dass durch die Verringerung der Arbeitslosigkeit für die freien Arbeiter deren Steuerkraft herabgedrückt wird. Obgleich sind die Löhne schon vielfach außerordentlich niedrig. Kommt nun die Konkurrenz der Strafankalten hinzu, so wird es den meisten Arbeitern unmöglich, das Existenzminimum zu erreichen.

Der Etat für das Krankenhaus am Friedrichshain wird genehmigt, die Resolution Borgmann abgelehnt.

Beim Etat für das Krankenhaus Noabit bemerkt Stadtv. Jadel: Vor einem Jahre habe ich gerügt, dass die ärztliche Behandlung der Kranken in den städtischen Krankenhäusern nicht auf der Höhe der Zeit steht, namentlich weil Spezialisten noch nicht zur Behandlung der Kranken zugelassen werden. Inzwischen hat sich auch der Berliner Ärzteverein mit einer Resolution gleichen Inhalts an die städtischen Behörden gewandt. Der Magistrat hat sich nicht bewegen gefügt, und über das Schicksal dieser Eingabe Nachricht zu geben. Ich behalte mir daher vor, die sämtlichen Anregungen in dieser Beziehung als selbständige Anträge nach der Erledigung des Etats einzubringen. Ferner versichere ich nicht, wie es gekommen ist, dass

man Leute, welche im Interesse des Gemeinwohls als choleraverdächtig ins Krankenhaus gesperrt worden sind, noch dafür bezahlen lässt. Ich könnte aber verstehen, wenn man sie entschädigt hätte. Jedenfalls bitte ich den Magistrat, sich auch hierüber zu äußern.

Stadtrath Straßmann: Mit der ersten Frage haben wir uns in der Gesundheitsdeputation beschäftigt und sind zu dem Beschlusse gekommen, dass den Anforderungen des Ausschusses der ärztlichen Bezirksvereine in dem gewollten Umfange nicht Rechnung getragen werden kann. Man müsste schließlich für alle möglichen Leiden Spezialärzte anstellen. Wird eine solche Einrichtung geschaffen, dann hört die einheitliche Verwaltung auf. Es ist beschlossen worden, in sehr schwierigen spezialistischen Fällen durch die Direktionen namhafte Autoritäten zuziehen zu lassen.

Stadtv. Eschmann fragt an, ob nicht in den Krankenhäusern ein einheitlicher Tarif für ärztliche Gutachten eingeführt werden kann.

Stadtv. Spinala hält dies nicht für angängig, da die einzelnen Fälle zu verschieden liegen.

Stadtv. Jadel: Auf meine zweite Frage ist der Stadtrath gar nicht eingegangen, obwohl wir jedenfalls in diesem Jahre wieder eine lokalisierte Cholera bei uns haben werden. Bezüglich der Spezialärzte ist die Charité weit weiter als die städtischen Anstalten. Es kommt nur auf den guten Willen an, solche Einrichtungen zu schaffen, denn der Etat wird dadurch gar nicht erheblich berührt werden.

Stadtv. Neumann ist mit der Ausführung des Stadtraths Straßmann nicht einverstanden, stellt sich vielmehr wesentlich auf den Standpunkt des Dr. Jadel und hält es auch nicht für angemessen, dass diejenigen, welche zwangsweise in die Krankenhäuser abgeführt worden sind dafür noch bezahlen sollen.

Stadtrath Weigert: Für diejenigen, welche zur Observeurung den Krankenhäusern zugeführt worden sind, ist Zahlung nicht verlangt beziehungsweise der gezahlte Betrag zurückerstattet worden.

Der Etat wird genehmigt, ebenso der Etat für das Krankenhaus am Urban.

Bei den Etats der Irrenanstalten zu Dalldorf und Herzberge hat der Ausschuss aus denselben Gründen wie beim Krankenhaus Noabit an den Ausgaben für Befleidung 20 000 resp. 10 000 M. abgesetzt. Ferner sind bei Herzberge abgesetzt 10 000 M. bei Position „Befleidung“, indem statt 33 000 M. zum Ersatz des Abganges nur 23 000 M. bewilligt werden sollen; 10 000 M. bei der Position „Brennmaterial“, wegen der billigen Kohlenpreise, und 2000 M. bei den Ausgaben von 5000 M. für Instandhaltung der Gartenanlagen und Reinigung der Wege, da zu diesen Arbeiten die Irren mit herangezogen werden können.

Die Etats werden ohne Debatte nach den Ausschussanträgen genehmigt.

Beim Etat für die Anstalt für Epileptische in Buhlgraben sind entsprechende Absetzungen von im Ganzen 15 400 M. erfolgt.

Der Etat der Bade-Anstalten ist unverändert geblieben.

Beide Etats werden von der Versammlung ohne Debatte nach den Ausschussanträgen festgesetzt, desgleichen der Etat für Heimstätten für Gensende und verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege.

Die Einnahmen an Gebühren für Desinfektion von Wohnräumen und von beweglichen Sachen durch die öffentliche Desinfektionsanstalt in der Reichenbergerstraße beantragt der Ausschuss um 5000 M., nämlich von 30 000 auf 35 000 M. zu erhöhen. Im laufenden Etat sind 40 000 M. eingesetzt. Der Magistrat sieht infolge der Zunahme der Niedererschlagungen eine Mindereinnahme voraus. Der Ausschuss ist seinerseits zwar selbstverständlich damit einverstanden, dass bei Einziehung der Gebühren, soweit die ärmeren Bevölkerung in Frage kommt, eine milde Praxis geübt wird, hält aber die Erhöhung um 5000 M. für unbedeutend zulässig, da der Werth der Desinfektion täglich mehr erkannt werde und die Zahl der Wohlhabenden, welche die Anstalt in Anspruch nehmen, von Jahr zu Jahr steige.

Die Versammlung tritt dem Ausschussantrage bei.

Die Park- und Gartenverwaltung erlegt nach dem Etat 17 782 M. Einnahme und erordert 655 080 M. Ausgabe. An den Ausgaben sind 1000 M. abgesetzt, weil der Ausschuss die nächtliche Bewachung des Geräthschuppens für den kleinen Tiergarten an den Suggenhagensstraße für überflüssig erachtet.

Zu diesem Etat wird beschlossen, den Magistrat zu ersuchen den Etat für den Viehhof im Etatjahre 1894/95 zu regulieren: im übrigen wird der Ausschussantrag genehmigt.

Die Bierlandereien des Dorfes Malchow sollen auf 18 bis 20 Jahre gegen einen Pachtzins von 140 M. pro ha zur Riesel- bezw. landwirthschaftlichen Bewirthschaftung gepachtet werden.

Die Vorlage wird angenommen.

Die Kostenaufschläge für die Bauausführungen auf dem Gasbehältergrundstück in der Augsburg- und Lutherstraße werden genehmigt und der Kostenbetrag von 1 204 800 M. zur Verfügung gestellt; desgl. genehmigt die Versammlung die dritte Abtheilung der Kostenaufschläge für den Bau der städtischen Gasanstalt in Schmargendorf und bewilligt den Kostenbetrag mit 665 945 M.

Von den Stadtv. Herbig und Genossen ist folgender Antrag vorgelegt:

Nachdem die Gemeinden Friedrichshagen-Lichtenberg und Rummelsburg-Vorhagen mit dem Bau einer Wasserleitung vorgegangen sind, beabsichtigt die Gemeinde Panlow ein gleiches zu thun und auch eine Kanalisationsanlage auszuführen.

Die Versammlung ersucht den Magistrat um Auskunft darüber:

Welche Schritte hat der Magistrat gethan, um diejenigen Gemeinden, welche bei einer etwaigen Einverleibung der Vororte in Frage kommen, zu verbinden, mit Gas-, Wasser- und Kanalisationsanlagen einseitig vorzugehen, er welche Schritte gedenkt derselbe in Zukunft zu thun, um zu verhindern, dass Unternehmer vertragsmäßig Rechte auf das Straßenland erwerben, die nach etwaiger Einverleibung der Stadtgemeinde lästige Pflichten auferlegen?

Der Antrag wird nach kurzer Befürwortung durch die Stadtv. Herbig und Gatt angenommen.

Die früher vom Magistrat gemachte Vorlage wegen Ueberlassung von Theilen des Treptower Parks an die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft zum Zweck der Abhaltung einer allgemeinen Deutschen landwirthschaftlichen Schau im Juni 1894 war von der Versammlung abgelehnt worden, weil die Park- und Gartenverwaltung über die Angelegenheit nicht gehört worden war. Dies hat der Magistrat nunmehr nachgeholt, und die Deputation hat dem Antrag unter Modifikation einer Anzahl der ursprünglichen Bestimmungen zugestimmt.

Die Versammlung tritt dem Magistratsantrage in der modifizierten Fassung bei.

## Lokales:

Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, die Schleifen der Kränze, die unsern todtten Vorkämpfern gewidmet werden, nicht zu durchschneiden, da etwaige Uebergriffe doch wahrscheinlich nicht vorkommen werden. Sollten die Genossen die alte Vorsichtsmaßregel nicht außer Acht lassen wollen, so werden doch einige kleine Einschnitte dieselben Dienste thun. Wir bitten die Genossen und Genossinnen, Obiges zu beachten.

Die Vertrauenspersonen.

Zur Beschlagnahme der rothen Nummer des „Volksblatts“ für Zeltow, Seeelow u. f. w. ist auf die telegraphische Anfrage des Verlegers an den Ersten Staatsanwalt die telegraphische Antwort erfolgt, dass die Beschlagnahme „wegen gesammten Inhaltes“ stattgefunden habe.

Flugblatt-Vertheilung. Die Genossen, welche sich an dem nächsten Sonntag in Charlottenburg stattfindenden Flugblatt-Vertheilung betheiligen wollen, werden aufgefordert, sich an diesem Tage Morgens 6 1/2 Uhr im Restaurant des Herrn Bernicke, Krammstr. 18, einzufinden. Zahlreiche Betheiligung erwünscht.

Cyfermuth des Oberbürgermeisters. Man singt und sagt so viel von der Aufopferung des alten Römers Curtius, der, um die Götter zu versöhnen, die als Zeichen ihres Zorns einen Abgrund in der Stadt Rom sich aufthun ließen, sich selbst in den Abgrund stürzte. Was aber will diese Selbstaufopferung bedeuten gegen das Opfer des Oberbürgermeisters Jelle, von dem der „Hannoversche Kurier“ berichtet. Zu dem letzten großen Hoffeste waren auch zahlreiche Einladungen an Vertreter der Stadt ergangen. Da wandte sich der Oberbürgermeister Jelle an das Hofmarschallamt mit der Anfrage, in welcher Kleidung die Vertreter der Stadt zu erscheinen hätten. Es wurde ihm die Antwort zuteil, in der neuen Hoftracht Herr Jelle trat nun wieder mit dem Hofmarschallamt in Verbindung, er wies darauf hin, dass er keine Nacht hätte, die Mitglieder zu veranlassen, Escarpins anzulegen, und machte ferner allerlei Vorstellungen. Das Hofmarschallamt hatte nun ein menschliches Mitleiden. In seiner Antwort hob es hervor, dass man nur Werth darauf lege, dass er, der Herr Oberbürgermeister selbst, sich mit Wadenstrümpfen schmiede. So geschah es denn auch, und Herr Jelle soll sich tadellos in der neuen Hoftracht präsentiert haben. Herr Jelle soll sich dadurch Freunde im „Nothen Hause“ zwar nicht zugezogen haben. Zahlreiche Stadtverordnete sollen erklärt haben, Herr Jelle habe sich die Anstöße ersparen können, dann hätte er ruhig in der bürgerlichen Tracht erscheinen dürfen. Das können nur vorweltliche Nörgler gewesen sein, die den bekannten Jelleschen „Männerholz vor Füchsenthronen“ nicht begreifen können. Herr Jelle aber möge nach wie vor im stolzen Bewusstsein seines Werthes auch auf höchsten Parquet in Escarpins und Schnalenschuhen allen Döblingen und Lakaien den Beweis liefern, dass der wahre „Freisinn“ es an Logalität mit ihnen allen aufnimmt.

Arbeiter-Sanitätskommission. Bezugnehmend auf die Mittheilungen der Sanitätskommission in der Sonntagsnummer theilt uns Herr R. Groß, Barbier und praktischer Heilgehilfe, Prinzenstr. 45, berichtend mit, dass bei ihm nur ein Beilrührer wohne, welcher in einem einseitigen tapezirten Zimmer schlafte, das nach der Straße zu gelegen sei. Mit ihm sei die Mittheilung falsch, dass bei ihm zwei Beilrührer in einer dunklen Kammer wohnten.

Ein heftiger Brand wüthete gestern — Donnerstag — früh auf dem Grundstück Plumestr. 30 in einem vierstöckigen Fabrikgebäude, welches eine mit Dampf betriebene arbeitende Holzbearbeitungs-Anstalt — Fräselei und Hobelwerk — enthält. Das Feuer hatte bei Anbruch der um 1/2 Uhr alarmirten Löschhülfe bereits von dem gesammten Innern des Gebäudes Besitz ergriffen, das Pappdach desselben durchbrochen, und die von den beträchtlichen Holzvorräthen zu ganz bedeutender Mächtigkeit entzündeten Flammen schlugen hoch an der Vorderfront des angrenzenden vierstöckigen, ausschließlich mit Ziegler- und Drechslerwerkstätten besetzten rechten Seitengebäudes empor, dessen Fenster ebenfalls schon theilweise in Brand gefasst waren. Die Lage des brennenden Gebäudes gestattete, den Angriff in der Vorder- und Hinterfront aufzunehmen, was mit je zwei Spritzen erfolgte, mit einer fünften Spritze wurde gegen das in äußerster Gefahr schwebende Seitengebäude vorgegangen. Diesem umfassenden Angriff gegenüber vermochte der Brand weiter Terrain nicht mehr zu gewinnen, und im Verlauf von noch nicht einer Stunde war die Weicharbeit vollständig zu Ende geführt. Von dem Gebäude sind nur die Umfassungsmauern stehen geblieben; das Seitengebäude hat, abgesehen von dem nicht ins Gewicht fallenden Schaden an seiner Außenseite, vom Brande nicht gelitten, und das benachbarte Kesselhaus ist gänzlich verschont geblieben. Dies Resultat ist um so erfreulicher, als das brennende Fabrikgebäude außer von dem Seitenflügel, von Ställen und aufgeschapelten Rauhholzvorräthen kanstirt wurde, wodurch die Gefahr auch für die weitere Umgebung sich recht bedenklich gestaltete. Die Untersuchungsurache des Brandes, dessen Ausbruch bereits längere Zeit vor seiner Wahrnehmung erfolgt sein muß, ist unaufgeklärt geblieben.

Die Explosion eines mit Terpentin gefüllten Behälters in dem Gas- und Hartwaaren-Geschäft von Holz, Boedstr. 2, hat gestern Nachmittag schwere Unglücksfälle im Gefolge gehabt. Die Explosion ist dadurch hervorgerufen worden, dass das Gefäß mit Terpentin, welches auf einen Kochen gestellt war, sich erhitzte. Der Geschäftsinhaber Holz erlitt gefährliche Brandverletzungen im Gesicht, am Halse und an den Händen; er wurde von den Feuerwehr-Samowitern verbunden und dann nach dem Krankenhause am Urban geschafft; der Kommiss. Rothmann trug ebenfalls schwere Brandwunden am Kopf und an den Händen davon; trotzdem befah er noch die Energie, nach dem Feuerwehler in der Platenstraße zu laufen und die Feuerwehr zu alarmiren, auch er mußte nach dem Krankenhause übergeführt werden. Ferner wurde eine Frau Busch, die einen gefährdeten Säugling des Schlossers Schmidt in Sicherheit brachte, leicht am Kopfe verbrannt, während das Kind unversehrt blieb. Der durch die Explosion verursachte Brand hat keinen beträchtlichen Schaden angerichtet, da er infolge des schnellen Eingreifens der Feuerwehr nicht zu einer umfangreichen Entzündung kam.

Ein Leichenfund, der wahrscheinlich auf einen Mord zurückzuführen ist, wurde gestern Morgen in einem Bieseengraben zu Spandau gemacht. Dort fand man um 7 Uhr früh den Leichnam eines 80jährigen Mannes auf, in dem der frühere Schuhmacher, spätere Arbeiter Steinrück erkannt wurde. Inzwischen ist folgendes ermittelt: Steinrück kam vor etwa 3 Jahren aus dem Dorfe Bares nach Spandau und lernte hier den 80jährigen Arbeiter August Decker kennen, der in der Spandauer Konservenfabrik arbeitet. Beide wohnten in ein und demselben Hause Adamsstraße 8. Decker wurde nun vor einiger Zeit wegen Diebstahls zu einer gerichtlichen Untersuchung gezogen, und Steinrück hat mit Bezug hierauf wiederholt die Aeußerung fallen lassen, dass er so manchen wisse und gedenkt Decker als Verlastungszeuge auftreten könne. Das war Decker zu Ohren gekommen. Gestern Morgen um 7 Uhr holte er Steinrück aus dessen Wohnung ab, und etwas später wurde die Leiche in dem jenen Bieseengraben bei den krummen Gärten in Spandau aufgefunden. Obgleich nun äußerliche Verletzungen an dem Todten nicht wahrzunehmen sind, so nimmt die Behörde doch an, daß Decker in Steinrück den Mithwiffer seiner Schuld habe aus dem Wege räumen wollen und auf noch näher zu ermittelnde Weise um



gebracht habe. Deckert ist daher, obgleich er die That entschieden leugnet, gefänglich eingezogen.

Vor einigen Tagen wurde ein Mann von Fürstenwalde in ein hiesiges Krankenhaus gebracht, der eine Schusswunde in der Brust hatte. Wie sich jetzt herausgestellt hat, ist es der Hof-Instrumentenmacher J. Straube, dessen Wohnung und Geschäftslokal sich Wilhelmstr. 29 befindet. Straube, der Organist an der Kreuzkirche ist, auch das Amt eines Schiedsmannes versieht, soll bedeutende Schuldenverbindlichkeiten besitzen, die ihn in eine große nervöse Aufregung verlegten, daß er zu einer Schusswunde nach Fürstenwalde zwecks Erholung überfuhr. Thatsache ist, daß vorgestern durch einen Gerichtsdiener Mobilien aus der Straube'schen Wohnung abgeholt worden sind. Die Verwundung ist zweifellos die Folge eines Selbstmordversuchs.

Ein Neudau in Nigdorf, der noch nicht einmal vollständig fertig ist und doch schon einzuhängen droht, befindet sich in der Kaiser Friedrichstraße. Das Manerwerk zeigt zahlreiche Risse und Spalten, so daß die Polizei vorgestern Vormittag die Fortsetzung der Bauarbeiten untersagt hat.

Eine Bestie in Menschengestalt ist gestern (Donnerstag) in Charlottenburg auf Grund des § 174 des Str.-G.-B. durch die Kriminalpolizei verhaftet worden. Es ist der Bahnarbeiter M. aus der Augustenburgerstraße, der es vermocht hat, mit seiner seit 13 Jahre alten Tochter zwei Jahre hindurch in fräustlichen Verkehr zu treten.

Polizeibericht. Am 14. d. M. Abends kam in der auf dem Boden des Hauses Sühnowplatz 12 belegenen Waschküche die unversicherte Kadette der Feuerung zu nahe, so daß ihre Kleider in Brand gerieten. Sie erlitt schwere Brandwunden am ganzen Körper und wurde nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht, wo sie am darauffolgenden Tage Nachmittags verstarb. — Am 15. d. M. Morgens wurde ein Dienstmann auf dem Boden des Hauses Grüner Weg 72 und Mittags ein Schneidermeister in seiner Wohnung, in der Detmoldstraße, erhängt vorgefunden. — Nachmittags geriet im Keller des Hauses Boedstr. 3 bei der Zubereitung von Saffron ein auf dem Kochen hehender Behälter mit Terpentin in Brand und explodirte. Hierbei erlitten der Malermeister Holz und sein Gehilfe Rohmann so schwere Brandwunden am Kopfe und an den Händen, daß ihre Ueberführung nach dem Krankenhaus im Urban erforderlich wurde. — In der Nacht zum 16. d. M. wurde ein Zeitungshändler vor dem Hause Eisenbahnstr. 30 mit einer ansehend von einem Holle berrührenden schweren Verletzung am Kopfe aufgefunden und nach dem Krankenhaus Verhantelt gebracht. — Auf dem Grundstück Blumenstr. 30 entstand in einem anderthalb Stock hohen Fabrikgebäude Feuer, wodurch die darin befindlichen Hohlwerke, sowie bedeutende Holzvorräthe zerstört und die daran stehenden Fabrikgebäude mit Zischereien in große Gefahr gebracht wurden. — Außerdem fanden am 15. d. M. zwei kleine Brände statt.

### Theater.

Im Volkstheater wurde gestern wieder die Aufführung der lustigen Pöste „Die Rosa Domino's von Delacour und Hennequin“ aufgenommen. Das Stück ist im leichten Pariser Gesellschaftston geschrieben und hält sich auch innerhalb der Anschauungen und der Moral dieser Gesellschaft. Die Idee des Stückes ist, daß auch die treuesten Ehemänner einem galanten Abenteuer nicht aus dem Wege gehen, und daß die Frau flucht, die und da ein Auge zuzudrücken, wenn sie nicht ihren Mann zum ducindückerischen Heuchler machen will. Den Beweis hierfür sucht Frau Dumenil (Marie Crust) ihrer Freundin Angèle (Clara Drucker) dadurch zu führen, daß sie beide in Rosa Domino's auf einem Maskenball erscheinen, zu dem sie anonom ihre Männer zu einem Rendezvous eingeladen haben. Die sich hieraus ergebenden Verwickelungen und Verwirrungen, Ueberraschungen und Zwischenfälle sind in so geschickter und lustiger Weise entwickelt, daß selbst der Geruchsalteste in heiterer Laune sich von dem helleren Spiel angeheim fesseln läßt. Die Aufführung ging glatt und frisch von statten. Neben den beiden bereits genannten Damen haben wir noch Fräulein Frida Wagen als Kammermädchen, sowie die von Herren Costa und Pasing dargestellten Ehemänner der jungen Frauen, und Herrn Höder als alten Provinzontel, der sich in der Hauptstadt amüsieren will, hervor.

### Gerichts-Beitrag.

Ehrverletzende Bemerkungen über den Kaiser, welche der Ruter August Balle in einem Schanklokal geäußert hatte, haben demselben eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung zugezogen, die gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Das Urtheil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Wegen eines mit Hilfe des Telephons begangenen Betrugsversuchs und einer Urkundenfälschung stand gestern der 16-jährige Schneiderlehrling Stegmann B. Leiwisch vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Am Nachmittage des 2. Februar wurde die Firma Peters u. Sohn angeklagt. Der Beklagende gab sich als der Inhaber der Firma S. Adam in der Leipzigerstraße zu erkennen, welcher anzeigte, daß er eines Posten schweren Janella's bedürftig sei, vorher aber Proben sehen und solche deshalb innerhalb einer halben Stunde durch

seinen Belehler holen lassen wolle. Zufällig hatte die Firma Peters u. Sohn gerade einen Voten nach der Leipzigerstraße zu senden, sie wartete deshalb das Erscheinen des angezeigten Belehlers nicht ab, sondern gab dem Voten gleich mehrere Stücke Janella für Adam zur Auswahl mit. Hier wußte man nichts von der Bestellung, man verständigte sich per Telephon mit Peters u. Sohn und kam dadurch dem Schwindler zuvor. Als der Angeklagte bei Peters u. Sohn erschien, um die Proben zu holen, hielt man ihn fest. Der Angeklagte hatte sich auf Grund eines gefälschten Bestellscheines in einem anderen Falle in den Besitz eines Stück Stoffes zum Werthe von 90 M. gesetzt. Im Termin gab er an, daß er die Ablicht gehabt habe, einige Stunden nach Empfang der Proben wieder zu Peters und Sohn zu gehen, um nun im Auftrage Adams die gewählte Waare zu erlöbten, die er dann verlegt hätte. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten.

### Soziale Ueberlicht.

Achtung, Ristenmacher! Den Streik in der Ristenfabrik von Werner und Jacobi betrachten wir als zu unseren Ungunsten beendet, nachdem die Kollegen Albert Bättnier, Wilhelm Scheil, Johann Hartwig, Karl Paul, Vogt, Henschel und Krüger am Montag dabeist Arbeit genommen haben. Wir erinnern die Kollegen an ihre Pflicht, die Ausgesperrten nach wie vor zu unterstützen.

Im Auftrage der Kommission Berliner Ristenmacher, Fritz Warten.

Die Weimarerische Waisenfabrik in Schwelm a. Rh. hat, wie die „Frank. Tagespost“ mittheilt, die Kündigung ihrer Arbeiter, die die Annahme einer Lohnherabsetzung verweigert hatten, zurückgenommen und bezahlt die früheren Löhne weiter.

### Veranstaltungen.

In der öffentlichen Löhnerversammlung vom 9. d. Mts. hat, wie uns von Herrn Dandert mitgetheilt wird, der Vertrauensmann der Löhner Berlins Karl Thieme sein Amt nicht wegen angeblich ihm widerfahrenen Krankheiten niedergelegt, sondern wie er ausdrücklich hervorhob, aus dem einfachen Grunde, weil er den Voten 8 Jahre hindurch bei nicht unerheblichen Zeit- und Geldopfern gewissenhaft versehen und ihn nunmehr eine längere Kraft ablösen könne. Er werde aber, wie er wörtlich hinzufügte, nicht ermangeln, nach wie vor seine ihm zu Gebote stehende Kraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen! Zu der Notiz bezüglich der Fensterfrage ist richtig zu stellen, daß da die Opfer von seiten der Kollegen beim diesjährigen Fensterstreik erheblich größer waren wie im Vorjahre; weil die Maler und Studienteure sich nicht solidarisch erklärten, beschloß die Versammlung, es jedem Einzelnen anheim zu stellen, die 8 Wochen im schlimmsten Falle auch ohne Fenster zu arbeiten. Jedoch empfahl man im Interesse der Gesundheit, so viel wie möglich darauf zu halten.

Allgemeines Kranken- und Sterblichkeits der Metallarbeiter (S. 8. Nr. 29, Hamburg), Allg. Berlin a. M. Allg. Berlin-Veranstaltung am Samstag, den 18. März, Abends 9 Uhr, Alte Schaubühne, 43 bei Hermann.

Allgemeines Kranken- und Sterblichkeits der Metallarbeiter (S. 8. Nr. 29), Allg. Berlin a. M. Allg. Berlin-Veranstaltung am Samstag, den 18. März, Abends 9 Uhr, Alte Schaubühne, 43 bei Hermann.

Freie Vereinigung der Bureau-Angestellten Berlins und Umgebung, Freitag, den 17. März, Abends 9 Uhr, große öffentliche Versammlung in den Vereinsräumen, Kommanbantenstraße 20 (untere Saal).

Mitgliederversammlung des Vereins, Freitag, den 18. März, Abends 9 Uhr, bei Schöge, Prinz-Jacobstraße, 7. Vortrag des Kollegen Wolf.

Club Uncle Sam. 9 o'clock p. m. Ziehmans's Restaurant, Stralauer Brücke, Neue Friedrichstr. 1. Recitation about the Navol Revue in the Harbor of New-York by a former seaman Guests welcome.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Friday at 9 p. m. at Bohrens Restaurant Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

### Vermischtes.

Todesurtheil. Der Bäcker Böllcher aus Bernburg wurde vom Schwurgericht zu Landsberg wegen eines Lustmordes, verurtheilt an der Marie Grünberg aus Jangen, zum Tode verurtheilt.

Egypten. Blankenburg a. S. 16. März. Auf der Grube „Volkmarstiller“ wurden heute früh 7 Bergleute durch eine Dynamitexplosion getödtet.

Majestätsbeleidigung. Köln. Die Strafkammer verurtheilte den Verleger der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, Kiefer, wegen Majestätsbeleidigung durch einen Leitartikel zu zwei Monaten Gefängnis und wegen einer Beleidigung Caprivi's zu 200 M.

Nur schnell! Stuttgart. Die Strafkammer verurtheilte die vier Häter des „Giehes“ zu empfindlichen Strafen, weil sie sich eines groben Mißbrauchs der Amts-gewalt schuldig gemacht hatten. Der Polizeisoldat Bed und der Feldschütz Lautenschlager in Heidesheim hatten einen betrunkenen Nachtrabstörer in der übelsten Weise mit Schlägen und Fußtritten traktirt, ihn Nachts ohne Decke im Arrestlokal liegen lassen, so daß der Mann 14 Tage arbeitsunfähig war und

heute noch an Blutbrechen leidet. Das Gericht erkannte auf je 2 Monate Gefängnis für Beide, sowie auf Zahlung einer gemein-schaftlichen Buße von 200 M.

### Depechen.

(Depechen des Bureau Verob.)  
Saarlouis, 16. März. Warten wurde heute wegen Auf-reizung wieder verhaftet.  
(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 16. März. Panama-Verleumdungsprozess. Der heutigen Verhandlung wohnte wieder ein zahlreiches Publikum bei. Der Advokat Labourg eröffnete die Vertheidigungsrede; er hob besonders hervor, daß die Unterzeichner der Panama-Anleihe mit den gerichtlich Verurtheilten durchaus nicht einverstanden wären und namentlich ihr Vertrauen zu Lespès nicht verloren hätten. Er schilderte die Lage der Panama-Gesellschaft im Jahre 1888; damals seien alle Handelskammern der Ansicht gewesen, daß der Kanalbau fortgesetzt werden müsse. Dazu war es nöthig, die Genehmigung des Gesetzentwurfs zur Ausgabe der Obligationen durch ein Votum der Kammer zu erlangen, und sich den Forderungen Bahaut's und Genossen zu unterwerfen.

### Briefkasten der Redaktion.

N. Tr. Ignatius von Loyola (sprich das zweite o kurz), eigentlich Inigo Lopez de Recalde, war ein Spanier, geboren 1491, gestorben 1556. Er leitete den Jesuitenorden 1540.

G. 15. Ein Erbe ist berechtigt, über das ihm zugefallene Ertheil auch dann zu verfügen, wenn ihm das Ertheil noch nicht ausgezahlt ist.

G. R. A. J. Ihre Fragen sind ohne Einsicht in die Statuten nicht zu beantworten. Vielleicht sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr vor.

1000. Der Unternehmer ist verantwortlich, der Kessel-heizer nur so weit als er etwa vor Ueberrahme der anderen Arbeit Vorsichtsmaßregeln zu treffen unterlassen hatte, wiewohl der Unternehmer dagegen nichts einzuwenden hatte.

J. T. 6. Das Pfandbuch dürfen Sie nicht selbst verkaufen.  
G. B. Sie brauchen nicht zu zahlen. reklamieren Sie.  
Groß-Höha. 1. Die Rente müssen Sie allein ablösen.  
2. Die Verigerung der Erben ist berechtigt.

Schmidt. Fragen Sie auf dem Polytechnikum nach.  
G. Das Urtheil können Sie noch heute vom Anwalt beanspruchen, da Sie resp. Ihr Mündel das Armenrecht haben, so ertheilen Sie den Pfändungsantrag dem Anwalt.

J. O. S. Sechswochenlosten (etwa 60 M.) und Abumente bis zum vollendeten 14. Lebensjahre des Kindes (angemessen bis zum 6. Jahre 12—16, vom 6.—14. Jahre 15—18 M.) muß der ausereheliche Vater zahlen.

G. T. 1. Mit der Steuerzahlungspflicht hat es leider seine Richtigkeit. 2. Vielleicht erfahren Sie durch eine Annonce, wo Sie das Buch noch erhalten können.

G. G. 109. Genosse Peus befindet sich gegenwärtig im Gefängnis zu Gommern.

G. D. 19. Das Gesetz über die Abzahlungs-geschäfte ist noch nicht zu stande gekommen; aber auch nach demselben werden Sie Nähmaschinen auf Abzahlung kaufen können. Was Ihnen in dieser Sache die Agenten vorreden, ist nur Schwindel.

Dellmuth. Die Adresse der Frau v. Suttner dürften Sie wohl durch ihren Vertreter E. Pierson Verlag, Waisenhausstr. 1, 1 Tr., Dresden-Alstadt erfahren können.

F. 2. Wenn in der einzelnen Rede nichts Strafbares enthalten ist, kann sie auch wörtlich abgedruckt werden. Im übrigen bestimmt Art. 23 der Reichsverfassung: „Wahrheits-getreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.“ Der Abdruck einer einzelnen Rede wird aber nicht als ein solcher Verhandlungsbericht angesehen.

N. 2. Tischler. Ueber die Denaturation des Spiritus und über die Befreiung der hierzu verwendeten Stoffe müssen Sie sich an ein Fachlokal um Auskunft wenden.

Otto Cyprienheim. Ihre Einfindung ist durch die Auf-forderung an der Spitze des lokalen Theils erledigt.

B. N. 29. Sie haben Recht, es lag ein Mißverständnis vor. Also 1. Bei der Stempelberechnung sind die Nebenabgaben nicht mit zu rechnen, indes ist dies bestritten. Der Mieths-vertrag-Stempel beträgt nach dem Stempelsteuer-Gesetz vom 7. März 1891 1/3 pGt., die nähere Bestimmungen sind uns unbekannt. 2. Wegen Nichtstempelung hatten beide Theile, die unterschrieben haben, der Stempeltributur berechnet die Steuer selbst.

F. G. 2. 11. 1. Der obliegende Theil kann Erstattung seiner Veranlichkosten beanspruchen. 2. Falls der Rath erst nach 1 Uhr ertheilt werden konnte, lag Behinderung des Betreffenden durch den Reichstag vor und hätten Sie ihn dann Vormittags vor 9 Uhr in seiner Wohnung sprechen können.

M. S. 11. 1. Uns unbekannt. Vielleicht giebt Ihnen Frau Zhrer, Belien, Auskunft. 2. Wenn die Statuten nicht das Gegen-theil besagen, ja.

N. S. 10. Wenn Sie nicht in Gütergemeinschaft leben, so haften das Grundstück Ihrer Frau nicht für Ihre Schulden.  
Ernst N. Ein Jertum liegt nicht vor.

N. N. 8. 1. In 5 Jahren nach der letzten Handlung des Richters gegen Sie. 2. Ladung des Zeugen können Sie beantragen.

## Fachv. der Marmor- u. Granitarbeiter.

Sonntag, den 19. März, Vorm. 10<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn Deigmüller, Alte Jakobstraße 48a. Mitglieder-Versammlung.

Am zahlreichen und pünktlichen Erscheinen ersucht  
260/7 Der Vorstand.

## Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer,

veranstaltet vom Verein der Bau-Anschläger Berlin West  
Sonntag, den 19. März, Abends 6 Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstraße 44.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Hugo Pölsch über: „Die Bedeutung des 18. März.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 1845b  
Nachher geselliges Beisammensitzen. Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. Um zahlreichen Besuch bittet  
Der Vorstand.

## Große öffentliche Versammlung sämmtlicher Bilderrahmenmacher

am Sonntag, den 19. März, Vorm. 9<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des Herrn Rackow, Prinzen-Strasse No. 106.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Hans Gost über den Nutzen der Organisa-tion. 2. Diskussion. 3. Verlesung der Statuten. 4. Vorstandswahl. 5. Verschiedenes. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
Der Vorstand.

Schlafopha, neu, billig, Kaufher- | Größtes Lager Berlins  
straße 8 im Laden. 1892b | Kinderwagen, Andreasstr. 23. 3p

## Jamaica-Rum, [181M]

soht Verschnitt u. Fac. Alterl. 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Fl. 10 Pf. billiger.  
Tokayer, med. süßer Ungarwein, Alterl. M. 3,10.  
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, Liter M. 1,20.  
Echt Stonsdorfer Sitter-Bikör, Liter 1,20, 6 Br. 5,50, 10 Br. 10.  
Cognac fine Champagne, 1/2 Literl. 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 12.  
Eugen Neumann & Co.,  
6a. Belle-Alliance-Platz 6a. 81. Neue Friedrichstr. 81. 8. Oranienstr. 8.

## Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reich. Lager von ca. 1000 Sommer-Pale-tets, 2000 Anzüge, sowie einzelne Hüde, Jaquets, Hosen, Westen u. Ferner Uhren, Ketten, Ringe, Ketten, Wärsche, Stiefel, Hüte, Reife- u. Holzschuhe, Waschkübel u. Sämmtliche Sachen in alt und neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.  
A. Wergien,  
Schneidermeister und Parthiewaaren-  
Händler, 3768.  
127 Skalitzerstraße 127.  
Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.  
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

## „Wilhelma“

Dampf-Brotfabrik  
Andreassstrasse 32.  
Eigene Zweiggeschäfte:  
Weberstrasse 60,  
Gollnowstrasse 41/42,  
Frenzlauserstrasse 5,  
Alte Schönhauserstrasse 80  
und ca. 800 Verkaufsstellen in allen Stadtgegenden!

## Stalbfleisch

Brust 35—40, Keule 40 bis  
50 Pf., tägl. Auguststr. 50a.  
Geschirre und Wagen - Sattlerei  
ist bill. zu verk. Sehr gute Landschaft.  
Off. bitte unter J. 100 in d. Exp. abzug.

## Wais für Süddeutsche.

Stimmgebare Herren sucht ein süd-deutscher Männerchor. Mitglied des  
H. S. B. Übungsstunde jeden Freitag  
Abend 9<sup>1/2</sup> Uhr b. Proh, Annenstr. 9.

## Sophastoff-Reste

in Ripo, Damast, Cröze, Fantasie,  
Gobelin, Plüsch und bunten  
Moquets spottbillig!  
Proben franko!

Emil Lefèvre, Berlin S.,  
Oranienstraße  
158.

## Kaffee - Kunstbrennerei

Jul. Stern, Krausenstr. 30,  
nahe Dönhofsplatz, zw. Jerusalem-  
u. Markgrafenstraße. 1725b  
Kaffee, großbohlig, gebrannt 100 Pf.  
Kaffee, hochfein, gebrannt 180 Pf.  
Kaffeeschrot, 1 Pfund 25 Pf.  
Gerste, Roygen, gebrannt 14 Pf.

## Waschanstalt,

die geneigt ist, das Fabrikat einer  
Fabrik in Fragen und Manchetten  
zu übernehmen, wolle ihre Adresse u.  
„S. 1415“ an G. Püttner's Annonc.-Exp.,  
Hofenthalerstr. 42, einsenden. [38/95]  
\* Sopha vert. d. Verwallter Admiralstr. 8.



# „Zum Prophet“ Welthaus

in fertigen Herren- und Knaben-Garderoben  
I. Etage, am Dönhofsplatz, I. Etage.

**Ede Leipziger- und Kommandantenstraße.**  
Wir machen hierdurch bekannt, daß unsere Lager in sämtlichen Abteilungen auf Großartigste komplettiert sind. Es empfiehlt sich, seinen Bedarf an fertigen Herren- und Knaben-Kleidern nur bei uns zu decken. Jedermann wird ersucht, bevor er seinen Bedarf deckt, erst unsere kolossalen Vorräte zu besichtigen, da wir in betreff der großartigsten Auswahl, sowie der billigsten Preise unerreicht und einzig dastehen und sich der Einkauf bei uns lohnt. — Jedermann findet auf

**Abtheilung I.  
Complette Anzüge in**

blau Cheviot . . . . .	sonst M. 22 b. u. v. 9 M. an.
Bulstia . . . . .	24 " " 10 " "
Crimmischauer . . . . .	28 " " 14 " "
Diagonal . . . . .	32 " " 18 " "
Sportgarn . . . . .	34 " " 17 " "
für die Reise . . . . .	28 " " 15 " "
Belour . . . . .	36 " " 20 " "
Satin . . . . .	42 " " 26 " "
Kammgarn . . . . .	34 " " 19 " "
Kammgarn rayé . . . . .	42 " " 26 " "
Gehrockgarn . . . . .	50 " " 30 " "
do. hochfein . . . . .	64 " " 36 " "

**Abtheilung II.**

Frühjahrs-Paletots . . . . .	sonst M. 20 b. u. v. 9 M. an.
do. aus fl. Tuch . . . . .	29 " " 14 " "
do. eleg. in all. Farb. . . . .	34 " " 20 " "
do. hochlegante . . . . .	38 " " 28 " "
do. mit seid. Ruffschl. . . . .	40 " " 29 " "
do. mit seid. Futter . . . . .	50 " " 32 " "

**Abtheilung III.**

Sommer-Paletots . . . . .	sonst M. 21 b. u. v. 8 1/2 M. an.
do. Paletot, schwer . . . . .	28 " " 13 " "
do. Paletot, extra . . . . .	36 " " 20 " "
Zuppen fürs Haus . . . . .	10 " " 6 " "
Voden-Zuppen . . . . .	12 " " 7 " "
Gebirgs- u. Jagd-Zuppen . . . . .	17 " " 11 " "
Interims-Paquet-Zuppen . . . . .	22 " " 15 " "

Spezialität in Zuppen besseren Genres.

**Abtheilung IV.**

Mäntel, grau und karriert . . . . .	sonst M. 28 b. u. v. 10 M. an.
Mäntel mit langer Pelerie . . . . .	38 " " 17 " "
Mantelkoffis . . . . .	26 " " 10 " "
Schwaloff, l. u. dreifig . . . . .	34 " " 16 " "
Reise-Mäntel . . . . .	30 " " 15 " "
Pelzinnen-Mäntel . . . . .	45 " " 22 " "

**Abtheilung V.  
Hosen — Hosen und Westen in**

Tuch . . . . .	sonst M. 7 b. u. v. 3 M. an
Bulstia . . . . .	12 " " 5 " "
schwarzem Tuch . . . . .	14 " " 6 1/2 " "
Kammgarn . . . . .	15 " " 8 " "
D. u. B. i. gedieg. Stoff. . . . .	15 " " 8 1/2 " "
D. u. B. hochfein . . . . .	24 " " 14 " "

Nouveauté-Hosen, das Elegante der Saison, von 9 1/2 M. an.

**Abtheilung VI.**

Schlafrode in Doublet . . . . .	sonst M. 18 b. u. v. 7 M. an
Schlafrode " Satin . . . . .	20 " " 9 " "
Schlafrode " Belour . . . . .	22 " " 10 1/2 " "
Schlafrode " Doublet . . . . .	26 " " 15 " "

**Abtheilung VII.**

Westen, einzelne . . . . .	sonst M. 5 b. u. v. 1 1/2 M. an
Schwarze Tuchwesten . . . . .	7 1/2 " " 3 " "
Weisse Westen . . . . .	6 " " 2 " "
Hochlegante Westen . . . . .	12 " " 4 " "

**Abtheilung VIII.**

Ia. Knaben-Anzüge . . . . .	sonst M. 4.— b. u. v. 2 M. an
in Bulstia . . . . .	5.— " " 2 1/2 " "
in Cheviot . . . . .	5,50 " " 3 " "
in Satin . . . . .	6.— " " 3 1/2 " "
in Diagonal . . . . .	7.— " " 4 " "
in Nouveauté . . . . .	10.— " " 5 " "

**Haute Nouveauté-Anzüge, wie solche nur Spezial-Geschäfte führen.**

Ib. Burschen-Anzüge, sonst M. 9 b. u. v. 5 M. an	
in Bulstia . . . . .	9 1/2 " " 5 1/2 " "
in Cheviot . . . . .	10 " " 5 3/4 " "
in Satin . . . . .	12 " " 6 " "
in Diagonal . . . . .	13 " " 7 " "
hochfeine . . . . .	18 " " 8 " "

**Ic. Jünglings-Anzüge, sonst M. 15 b. u. v. 7 M. an**

in Bulstia . . . . .	18 " " 7 1/2 " "
in Cheviot . . . . .	19 " " 8 " "
Diagonal . . . . .	20 " " 11 " "
Kammgarn . . . . .	24 " " 14 " "
hochlegante . . . . .	30 " " 18 " "

**Iia. Knaben-Palet., sonst 6 1/2 M., b. u. v. 2 3/4 M. an**

mit Pelerie . . . . .	10 " " 6 " "
Knaben-Schw. . . . .	13 " " 8 " "
Knab.-Hefemäntel . . . . .	6 " " 3 " "

**Iib. Bursch.-Pal., Dr.-Jac. sonst 12 M., b. u. v. 5 M. an**

Burschen-Schwaloffis mit Pelerie . . . . .	14 " " 7 " "
Burschen-Mantelkoffis . . . . .	15 " " 9 " "
Iic. Jünglings-Paletots . . . . .	15 " " 7 " "
Jüngl.-Schw.m.Bel. . . . .	18 " " 11 " "
Jüngl.-Mantelkoffis . . . . .	19 " " 12 " "
Jünglings-Mäntel . . . . .	14 " " 8 " "

**Einzelne Knaben-Zuppen, Hosen spottbillig.**  
Für das Verleihen von Fracks, sowie ganzer schwarzer Anzüge haben wir eine besonders Abtheilung eingerichtet.

Wir eruchen Jedermann, unser Riesen-Etablissement in Augenschein zu nehmen und sich durch Einkauf persönlich davon zu überzeugen.

# „Zum Prophet“ Welthaus

fertiger Herren- und Knaben-Garderoben.  
I. Etage, am Dönhofsplatz, I. Etage,  
Ede Leipziger und Kommandantenstraße.

## Allgemeiner Unterstützungsverein der Cöpper Deutschlands (Filiale Berlin).

**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonntag, den 19. März 1893, Vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Ruhlman, Schönhauser Allee 28.  
Tagesordnung:  
1. Die Zustände in unserem Gewerbe. 2. Stellungnahme zur Extrasteuer. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Der Vorstand.

**Allgemeine Versammlung**  
der Herren Direktoren, Braumeister und sämtlicher Brauer-Gesellen von Berlin und Umgegend  
am Sonntag, den 19. März d. J., Vormittags 10 Uhr, im großen Saale der „Concordia-Gesellschaft“, Andreasstr. 61.  
Tagesordnung: 1. Beratung der neuen vorgelegten Statuten des Arbeitsnachweises. 2. Wie stellen sich die Brauergesellen zu der Zentralisierung der Arbeitsstatistik nach den Vorschlägen des Herrn Dr. Freund? 3. Freie Diskussion.  
Die Kommission des Arbeitsnachweises.

**Charlottenburg.**  
**Gr. öffentliche Volks-Versammlung**  
für Männer und Frauen  
am Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr, in Bismarckhöhe, Bismarckstraße 80.  
Tagesordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Liebknecht über die Bedeutung des Tages.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Einberufer.

**Achtung! Steglitz-Friedenau.**  
Sonnabend, den 18. März, im Kurhaus-Friedenau:

## 2. Stiftungs-Fest

des Arbeiter-Bildungsvereins  
unter gütiger Mitwirkung des Volkshumoristen Genossen H. Osang (Berlin) und des Gesangsvereins „Rölli“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).  
Festrede, gehalten vom Stadtverordneten Genossen F. Zubeil. Nach dem Konzert Tanzkränzchen. Um 1 Uhr Kaffeepause, während derselben komische Vorträge. Programme inkl. Tanz Herren 50 Pf., Damen 25 Pf. sind an der Kasse zu haben. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Das Komitee.  
Empfehle werthen Gen. Damen- und Kinderhüte zu bill. Preisen! 1859b Meyer's Lexikon, Bücher, Biblio- Frau Schulz, Antonaplatz 3. Hannemann, Kochstr. 56. [1855b]

Empfehle werthen Gen. Damen- und Kinderhüte zu bill. Preisen! 1859b Meyer's Lexikon, Bücher, Biblio- Frau Schulz, Antonaplatz 3. Hannemann, Kochstr. 56. [1855b]

Verlag des „Vorwärts“ Berl. Volksblatt  
Berlin SW., Beuthstrasse 2.

Sieben erschienen:  
**Zum 18. März**  
und Verwandtes  
von Wilhelm Liebknecht.  
46 Seiten geheftet 25 Pf.

Inhalt: Märzfeyer (eine von ihm 1891 in Hamburg gehaltene Festrede). Die Junischlacht. Eine Geschichte der Kommune. Die Pariser Blutwoche. Zur Erinnerung an die letzten Maitage 1871.

In diesem Schriftchen haben die Genossen nicht nur vorzügliches Agitationsmaterial, sondern auch eine kurz gefasste Geschichte der achtundvierziger Märzrevolution, der Junischlacht in Paris und der Kommune, zugleich also Material zu Festreden und geschichtlichen Vorträgen.

Wir empfehlen den Genossen ferner die Lektüre folgender Schriften:  
**Wilhelm Liebknecht:**  
Robert Blum und seine Zeit. Brosch. in 6 Heften à 25 Pf. Gebd. M. 2.—  
Darstellung seines Lebens und Wirkens in der Zeit der deutschen Revolution und zugleich ein Stück Geschichte der 49er Bewegung.

**Lissagaray:**  
Die Geschichte der Kommune von 1871. Zweite, vom Verfasser durchgesehene Auflage. Brosch. M. 2,50. Gebd. M. 3.—  
Lissagaray's Buch ist das klassische Werk über die Pariser Kommune, aus dem man das beste Bild von dieser gewaltigen Bewegung des Proletariats gewinnen kann.

**Wilhelm Blos:**  
Die Deutsche Revolution. Geschichte der Deutschen Bewegung in den Jahren 1848 und 1849. Mit vielen Porträts und historischen Bildern. VIII u. 672 Seiten gr. 8°. In 21 Heften à M. —20 In elegantem Prachtband M. 5,70

**Karl Marx und Friedrich Engels:**  
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiter-Assoziation. 3 Aufl. M. —30  
Die neue Auflage ist vermehrt durch die beiden Adressen des Generalrats über den deutsch-französischen Krieg und durch eine in Form einer Einleitung gekleidete historische Skizze über die Kommune, aus der Feder von Friedrich Engels. In der Literatur über die Pariser Kommune nimmt diese, wenige Tage nach ihrem Fall fertig gestellte Schrift — eine glänzende Nachfertigung jener glorreichen Erhebung — mit den ersten Rang ein.

**Freiligrath, Ferd.** Gesammelte Dichtungen. 6 Bände. Gebd. M. 13.—  
— Gedichte. Gebd. M. 4,40

**Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**  
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsdepoteure nehmen Bestellungen entgegen.  
Anspärrige Besteller werden gebeten, ihren Aufträgen gleichzeitig den Betrag (Porto extra) beizufügen. 400/4\*

## Knopfarbeiter!

Die öffentliche Versammlung mit Frauen findet am Sonnabend nicht statt, da das Lokal angeblich den polizeilichen Anforderungen nicht entspricht.  
Der Einberufer: P. Schneider.

**Ordentliche Mitglieder-Versammlung**  
der Orts-Krankenkasse der Sattler und verw. Gewerbe zu Berlin  
am Sonnabend, d. 25. März 1893, Abends 9 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20.  
Tagesordnung: 1. Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer zu den Generalversammlungen mittels Stimmzettel. 2. Verschiedenes.  
Zu dieser Versammlung legitimiert das Quittungsbuch. 1844b

Sonntag, den 26. März, Vormittags 10 Uhr, ebendasselbst:  
Wahl von Vertretern der Arbeitgeber zu den Generalversammlungen mittels Stimmzettel.  
Der Vorstand.  
Wilh. Erdmann, Otto Wisker, Vorsitzender. Schriftführer.

## Öffentliche Versammlung der Sattler

am Sonnabend, den 18. März, Abends 9 Uhr, bei Wienecke, Alte Jakobstr. 83.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Bedeutung des 18. März. Rep. Kollege Joh. Sassenbad.  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes. 984/13

Lehrkursus der Berl. Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen.

**5. Stiftungsfest**  
am Sonnabend, den 18. März: Abends 8 Uhr, in Th. Volz oberem Saal, Alte Jakobstr. 83.  
Festrede. Vorträge. Tanz. Verlosung von Gegenständen, wobei jedes Loos gewinnt. Eintrittskarten à 30 Pf. sind bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. [207/5] Der Vorstand.

## Achtung, Tischler!

Der Zentral-Arbeitsnachweis für Tischler aller Branchen befindet sich 817/11\*  
Wallstrasse 78.

Derselbe ist an Wochentagen von 6 bis 12 und 3—7 Uhr geöffnet.  
Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich und ist jeder Kollege verpflichtet, den Arbeitsnachweis zu benutzen.  
Die Ortsverwaltung.

## Bekanntmachung.

**Orts-Krankenkasse der Buchbinder etc.**  
Vom 1. April d. J. ab befindet sich die Kasse Rannysstr. 33, 1 Tr. (Ecke der Adalbertstraße) und ist dieselbe geöffnet an den Wochentagen von 7 bis 1 Uhr Mittags und Sonnabend von 6—8 Uhr Abends. An Sonn- und Festtagen gänzlich geschlossen.  
Der Vorstand.  
C. Hoffmann, Vorsitzender, Raunysstr. 33, IV.  
119/4

## Schöneberg.

**Generalversammlung der Freien Vereinigung der Bau- und gewerblich. Hilfsarbeiter Schönebergs und Umgegend**  
am Sonntag den 19. März in Jacob's Salon, Brunnenstr. 110. Mitglieder werden aufgenommen. Um regen Besuch ersucht 121/7  
Der Vorstand.

## Buchbinder „Männerchor“

Berlin.  
Am Sonntag, d. 19. März:  
**Gemüthlicher Abend**  
in Gratwell's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79.  
Entree 20 Pf. [1854b] Anfang 6 Uhr.

## Arbeitsmarkt.

**Tüchtige Glasschleifer**  
geht auf Facetten, bei 25 und 27 Mark Wochenlohn gesucht. Adress. sub H. O. o. 2726 an Haasonstein & Vogler A.-G., Hamburg. 61/3  
Barbierelehrling wird verlangt Friedrichsbergerstr. 5. 1847b

## Handwerker

oder strebsame Angehörige jeden anderen Standes finden bei einiger Thätigkeit sehr lohnenden Nebenverdienst durch Nachweis solider Lebens-, Kinder- und Sterbefällen-Versicherungen. 1829M\*  
Oberten einzureichen sub J. C. 7656 an Rudolf Mosse, Berlin SW.